Umweltverträglichkeitsprüfung Straßen
Direktgeltung der EU-RL 2012/18 „Seveso-III-Richtlinie“

Anlage:
1 Richtlinie


Die Gewährleistung des notwendigen Schutzes für diese Nutzungen ist entweder im Rahmen von raumbedeutsamen Planungen oder bei der Zulassung konkreter Projekte sicherzustellen. In den Planungs- und Zulassungsverfahren über die

- Ansiedlung neuer Störfallbetriebe;
- wesentliche Änderung solcher Betriebe oder
- neue Entwicklungen in der Nachbarschaft von Störfallbetrieben, durch die das Risiko eines schweren Unfalls vergrößert oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmert werden können,

ist nach der Richtlinie zudem immer dann, wenn dem Erfordernis eines angemessenen Sicherheitsabstandes Rechnung getragen werden muss, eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen (Art. 15). Für diese Verfahren macht die Richtlinie detaillierte Vorgaben, die den Bestimmungen über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem UVPG entsprechen. Darüber hinaus wird klargestellt, dass die Anforderungen bezüglich der Umwelt- und FFH-Verträglichkeitsprüfungen parallel weiter bestehen; möglich ist aber die Installierung eines Systems koordinierter und gemeinsamer Verfahren, um mehrfache Prüfungen zu vermeiden.


Bis zum Abschluss des o.a. Gesetzgebungsverfahrens ist von der Direktgeltung der Seveso-III-RL auszugehen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit teilen mit, dass insoweit bereits jetzt für entsprechende Straßenbauvorhaben, soweit eine UVP gem. § 3b i.V.m. Anlage 1 Nr. 14.3 – 14.5 UVPG nicht schon
zingend vorgeschrieben ist, nach § 3c Satz 1 i.V.m. Anlage 1 Nr. 14.6 UVPG zumindest eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. Anlage 2 UVPG durchzuführen ist. Sofern die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls ergibt, dass aufgrund der Verwirklichung des Straßenbauvorhabens innerhalb des Sicherheitsabstands zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes die Möglichkeit besteht, dass ein Störfall im Sinne des § 2 Nummer 9 der Störfall-Verordnung eintritt, sich die Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Vorfalls vergrößert oder sich die Folgen eines solchen Störfalls verschlimmern können, ist davon auszugehen, dass das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, so dass eine UVP durchzuführen ist.

Die Länder sind hinsichtlich der landesrechtlich geregelt Infrastrukturvorhaben zu einer entsprechenden Änderung der Landesgesetze aufgerufen. Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen ist die Direktgeltung der Seveso-III-RL wie bei den Bundesfernstraßenverfahren zu handhaben. Sofern demnach gem. § 9 Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) i.V.m. Anlage 1 Nr. 1.4, 1.5 sowie 1.6 zum UVwG nicht zwingend eine UVP vorgeschrieben ist, ist gem. Anlage 2 zu § 9 Abs. 1 Satz 2, § 11 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 16 Nr. 2 UVwG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls anhand der obengenannten Kriterien durchzuführen.

Sollten demnach bei Straßenbauvorhaben die Belange der Seveso-III-RL einschlägig und eine UVP, ggf. im Anschluss an eine allgemeine Einzelfallprüfung, erforderlich sein, sind die insoweit entscheidungserheblichen Unterlagen bei der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen zu berücksichtigen (§ 6 UVPG, §§ 15 ff UVwG i.V.m. § 6 UVPG).

gez. Hipp
Richtlinien 2012/18/EU des europäischen Parlaments und des Rates
Vom 4. Juli 2012
zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 192 Absatz 1,
auf Vorschlag der Europäischen Kommission,
nach Zulieferung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,
nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (1),

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (2),

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (3) enthält Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle, die durch bestimmte Industrietätigkeiten verursacht werden können, sowie zur Begrenzung der Unfallfolgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt.

(2) Schwere Industrieunfälle haben oft schwere Folgen, wie u. a. durch die Unfälle in Seveso, Bhopal, Schweizerhalle, Emschede, Toulouse und Buncefield belegt. Außerdem können die Auswirkungen über die nationalen Grenzen hinaus reichen. Es ist daher unbedingt sicherzustellen, dass geeignete vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um ein hohes Schutzniveau für Bürger, Gemeinden und Umwelt in der gesamten Union zu gewährleisten. Das bestehende hohe Schutzniveau muss daher zumindest gleich bleiben oder noch verbessert werden.

(3) Die Richtlinie 96/82/EG hat maßgeblich dazu beigetragen, Wahrscheinlichkeit und Folgen solcher Unfälle zu verringern, was wiederum das Schutzniveau in der gesamten Union angehoben hat. Eine Überprüfung der genannten Richtlinie hat bestätigt, dass die Häufigkeit schwerer Unfälle gleich geblieben ist. Die bestehenden Bestimmungen sind zwar im Großen und Ganzen für den Zweck angemessen, doch sind einige Änderungen erforderlich, um das Schutzniveau weiter zu erhöhen, insbesondere was die Verhütung schwerer Unfälle betrifft. Gleichzeitig sollte das durch die Richtlinie 96/82/EG festgelegte System an Änderungen am Unionssystem zur Erstufung von Stoffen und Gemischen angepasst werden, auf das sich die Richtlinie bezieht. Darüber hinaus sollte eine Reihe anderer Bestimmungen präzisiert und aktualisiert werden.


(5) Im Übereinkommen der Wirtschaftskommission der Ver- 
renten Nationen für Europa über die grenzüberschreiten-
den Wirkungen von Industrieunfällen, das mit dem Be-
chluss 98/685/EG des Rates vom 23. März 1998 über den 
Abschluss des Übereinkommens über die grenzüberschrei-
tenden Auswirkungen von Industrieunfällen (1) im 
Namen der Union genehmigt wurde, sind Maßnahmen zur 
Verhütung von Industrieunfällen mit potenziell 
grenzüberschreitenden Wirkungen, entsprechende Bereit-
schafs- und Bekämpfungsmaßnahmen sowie eine inter-
nationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorgesehen. 
Die Richtlinie 96/82/EG setzt das Übereinkommen in 
Uniontrecht um.

(6) Schwere Unfälle können Folgen über Grenzen hinaus 
haben, und die ökologischen und wirtschaftlichen Kosten 
eines Unfalls werden nicht nur von dem davon betroffe-
en Betrieb, sondern auch von den betreffenden Mitglied-
staaten getragen. Daher müssen Sicherheitsvorschriften 
und Maßnahmen zur Minimierung des Risikos konzipiert 
und angewandt werden, um mögliche Unfälle zu ver-
hüten, das Risiko von Unfällen zu verringern und, sofern 
dennnoch auftreten, etwaige Auswirkungen abzumilder-
dem und auf diese Weise in der gesamten Union ein 
hohes Schutzniveau sicherzustellen.

(7) Die Bestimmungen dieser Richtlinie sollten unbeschadet 
bestehender Rechtvorschriften der Union zu Gesund-
heitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie zur 
Arbeitssicherheit gelten, insbesondere unbeschadet der 
ober die Durchführung von Maßnahmen zur Verbes-
serung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der 
arbeitnehmer bei der Arbeit (2).

(8) Bestimmte Industrietätigkeiten sollten aus dem Anwen-
dungsbereich dieser Richtlinie ausgeschlossen werden, so-
dem sie andere Rechtvorschriften auf Einheits- oder na-
tionaler Ebene unterliegen, die ein gleichwertiges Maß an 
Sicherheit bieten. Die Kommission sollte weiterhin prü-
fen, ob es im bestehenden Rechtsrahmen bedeutende Lü-
cken gibt, insbesondere im Hinblick auf neue und sich 
abzeichnende Risiken aus anderen Tätigkeiten sowie aus 
spezifischen gefährlichen Stoffen, und gegebenenfalls ei-
nen Vorschlag für einen Gesetzgebungsakt vorlegen, um 
Diese Lücken zu schließen.

(9) Anhang I der Richtlinie 96/82/EG enthält ein Verzeichnis 
gefährlicher Stoffe, die in ihren Anwendungsbereich fal-
ten, u. a. unter Bezugnahme auf bestimmte Vorschriften 
der Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 
zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschrif-
ten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung 
gefährlicher Stoffe (4) und der Richtlinie 1999/45/EG des 
Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 1999 
zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvor-
schriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Ver-
packung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitun-
gen (4). Die Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG

(2) ABL L 185 vom 29.6.1989, S. 1.
(4) ABL L 200 vom 30.7.1999, S. 1.

wurden ersetzt durch die Verordnung (EG) 
Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Ra-
tes vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Ken-
nezzeichnung und Verpackung von Stoffen und Ge-
miscchen (2), die das auf internationaler Ebene im Rahmen 
der Vereinten Nationen (UN) angenommene Global Har-
monisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung 
von Chemikalien innerhalb der Union umsetzt. Diese 
Verordnung führt neue Gefahrenklassen und -kategorien 
ein, die nur teilweise denen der aufgehobenen Richtlinien 
entsprechen. Bestimmte Stoffe und Gemische würden 
nach diesem System jedoch nicht eingestuft, weil die ent-
sprechenden Kriterien in diesem Rahmen fehlen. Anhang 
I der Richtlinie 96/82/EG muss daher geändert und an 
 die genannte Verordnung angepasst werden, während 
gleichzeitig das bestehende Schutzniveau, das die ge-
nannte Richtlinie bietet, beibehalten oder erhöht wird.

(10) Für die Einstufung von aufbereitetem Biogas sollte 
den Entwicklung in Bezug auf Normen im Rahmen des 
Europäischen Komitees für Normung (CEN) Rechnung 
geraten werden.

(11) Es kann zu unerwünschten Auswirkungen der Anpassung 
an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und späterer An-
passungen dieser Verordnung, die die Einstufung von 
Stoffen und Gemischen beeinflussen, kommen. Auf der 
Grundlage der in dieser Richtlinie enthaltenen Kriterien 
sollte die Kommission beraten, ob es gefährliche Stoffe 
gibt, von denen trotz ihrer Gefahrendefinition keine Ge-
far schwerer Unfälle ausgeht, und gegebenenfalls einen 
Vorschlag für den Ausschluss des gefährlichen Stoffes 
vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie vorlegen. Die 
Beurteilung sollte rasch in Angriff genommen werden, 
vor allem nach der Änderung der Einstufung eines Stoffes 
oder Gemisches, um unnötige Belastungen für Betreiber 
und zuständige Behörden in den Mitgliedstaaten zu ver-
meiden. Ausnahmen vom Gelungsbereich dieser Richt-
linie sollten die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, 
strenge Schutzmaßnahmen beizubehalten oder ein-
zuführen.

(12) Betreiber sollten allgemein verpflichtet sein, alle erforder-
lichen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu 
verhüten und deren Folgen zu mildern und zu beseitigen. 
Wenn gefährliche Stoffe über einer bestimmten Menge in 
Betrieben vorhanden sind, sollte der Betreiber der zustän-
digen Behörde ausreichende Informationen liefern, damit 
sie den Betrieb, die vorhandenen gefährlichen Stoffe und 
die potenziellen Gefahren bestimmen kann. Der Betreiber 
sollte auch ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle 
(3) Folgenden „Konzept“, das das Gesamtkonzept und 
 die Maßnahmen des Betreibers darlegt, einschließlich 
geeigneter Sicherheitsmanagementsysteme zur Beherr-
schung der Gefahren schwerer Unfälle, ausarbeiten und 
, wenn dies durch das nationale Recht vorgesehen ist, an 
die zuständige Behörde übermitteln. Wenn die Betreiber 
Die Gegenen schwerer Unfälle ermitteln und beurteilen, 
sollten auch die gefährlichen Stoffe berücksichtigt wer-
den, die bei einem schweren Unfall innerhalb des Betriebs 
treten können.


(14) Um die Gefahr von Domino-Effekten zu verringern, wenn aufgrund des Standorts und der Nähe von Betrieben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle besteht oder diese Unfälle folgenschwer sein können, sollten Betreiber beim Austausch geeigneter Informationen und der Untersuchung der Öffentlichkeit, einschließlich benachbarter Betriebe, betroffen sein könnten, zusammenarbeiten.


(17) Bei der Auswahl angemessener Verfahrensabläufe, einschließlich jener für Überwachung und Kontrolle, sollten die Betreiber verfügbare Informationen über bewährte Verfahren mit einbeziehen.

(18) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und die Umwelt, einschließlich unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvoller bzw. besonders empfindlicher Gebiete, besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die Mitgliedstaaten in ihren Politiken zur Flächennutzungsplanung oder anderen einschlägigen Politiken dafür sorgen, dass zwischen diesen Gebieten und Betrieben, die solche Gefahren bergen, angemessene Abstände eingehalten werden und dass bei bestehenden Betrieben gegebenenfalls ergänzende technische Maßnahmen durchgeführt werden, damit die Gefährdung von Personen bzw. der Umwelt auf einem annehmbaren Niveau bleibt. Ausreichende Informationen über die Risiken und fachliche Beratung zu diesen Risiken sollten bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Um den Verwaltungsaufwand insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verringern, sollten die Verfahren und Maßnahmen so weit wie möglich mit denen im Rahmen anderer einschlägiger Rechtsvorschriften der Union abgestimmt werden.


(1) ABl. L 143 vom 30.4.2004, S. 56.
(2) ABl. L 124 vom 17.5.2005, S. 1.
(21) Nach dem Übereinkommen von Aarhus ist eine effektive Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung nötig, damit die Öffentlichkeit Meinungen und Bedenken äußern kann. Sie für diese Entscheidung möglicherweise von Belang sind, und andererseits die Entscheidungsträger diese Meinungen und Bedenken berücksichtigen können, so dass der Entscheidungsprozess nachvollziehbarer und transparenter wird, und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für Umweltbelange sowie die Unterstützung für die getroffenen Entscheidungen wächst.

(22) Um sicherzustellen, dass bei Eintreten eines schweren Unfalls angemessene Bekämpfungsmaßnahmen getroffen werden, sollte der Betreiber unverzüglich die zuständige Behörde unterrichten und ihr die notwendigen Informationen übermitteln, die es ihm ermöglichen, die Auswirkungen dieses Unfalls auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt zu beurteilen.

(23) Lokale Gebietskörperschaften haben ein Interesse daran, schweren Unfällen vorzubeugen und ihre Folgen zu begrenzen, und können eine wichtige Rolle spielen. Dies sollte von den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung dieser Richtlinie berücksichtigt werden.


(29) Die Mitgliedstaaten sollten Regelungen über die Sanktionen festlegen, die bei Verstößen gegen die auf grund dieser Richtlinie erlassenen innerstaatlichen Vorschriften zu verhängen sind, und für deren Anwendung sorgen. Diese Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

(30) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich der Erhalt eines hohen Schutzniveaus für Mensch und Umwelt, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher besser auf Unionsebene zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.


Die Richtlinie 96/82/EG sollte daher geändert und anschließend aufgehoben werden —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

Diese Richtlinie legt Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und für die Begrenzung der Unfallfolgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt fest, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Union ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Diese Richtlinie gilt für Betriebe im Sinne von Artikel 3 Nummer 1.

(2) Diese Richtlinie gilt nicht für

a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager;

b) durch ionisierende Strahlung, die von Stoffen ausgeht, entstehende Gefahren;

c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren damit unmittelbar in Zusammenhang stehende, zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladsens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenbecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;

d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;

e) die Gewinnung, nämlich die Erkundung, den Abbau und die Aufbereitung von Mineralien im Bergbau und in Steinbrüchen, einschließlich durch Bohrung;


f) die Offshore-Erkundung und -Gewinnung von Mineralien, einschließlich Kohlenwasserstoffen;

g) die unterirdische Offshore-Speicherung von Gas sowohl in eigenen Lagerstätten als auch an Stätten, wo auch Mineralien, einschließlich Kohlenwasserstoffe, erkundet und gewonnen werden;

h) Abfalldeponien, einschließlich unterirdischer Abfalllager.

Unbeschadet Unterkapitel 1 Buchstaben e und h fallen an Land gelegene unterirdische Gasspeicherkavernen in natürlichen Erformationen, Aquiferen, Salzkufern und stillgelegten Minen und chemische und thermische Aufbereitungsmaßnahmen und die mit diesen Maßnahmen in Verbindung stehende Lagerung, die gefährliche Stoffe umfassen, sowie in Betrieb befindliche Bergbeseitigungseinrichtungen, einschließlich Bergsteigerei oder Absetzbecken, die gefährliche Stoffe enthalten, in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

1. „Betrieb“ den gesamten unter der Aufsicht eines Betreibers stehenden Bereich, in dem gefährliche Stoffe in einer oder in mehreren Anlagen, einschließlich gemeinsamer oder verbundener Infrastrukturen oder Tätigkeiten vorhanden sind; die Betriebe sind entweder Betriebe der unteren Klasse oder Betriebe der oberen Klasse;

2. „Betrieb der unteren Klasse“ einen Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 2 oder Anhang I Teil 2 Spalte 2 genannten Mengen entsprechen oder darüber, aber unter den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 oder Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen liegen, wobei gegebenenfalls die Additionsregel gemäß Anhang I Anmerkung 4 angewendet wird;

3. „Betrieb der oberen Klasse“ einen Betrieb, in dem gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 oder Anhang I Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen entsprechen oder darüber liegen, wobei gegebenenfalls die Additionsregel gemäß Anhang I Anmerkung 4 angewendet wird;

4. „benachbarter Betrieb“ einen Betrieb, der sich so nahe bei einem anderen Betrieb befindet, dass dadurch das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls vergrößert werden;

5. „neuer Betrieb“

a) einen Betrieb, in dem die Tätigkeit am oder nach dem 1. Juni 2015 aufgenommen wird oder der am oder nach diesem Datum errichtet wird; oder
b) eine Betriebssitze, die am oder nach dem 1. Juni 2015 aufgrund von Änderungen ihrer Anlagen oder ihrer Tätigkeiten, die eine Änderung ihres Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben, in den Anwendungsbe reich dieser Richtlinie fällt, oder einen Betrieb der unteren Klasse, der am oder nach dem 1. Juni 2015 aufgrund von Änderungen seiner Anlagen oder seiner Tätigkeiten, die eine Änderung seines Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben, zu einem Betrieb der oberen Klasse wird bzw. umgekehrt:


7. „sonstiger Betrieb“ eine Betriebssitze, die am oder nach dem 1. Juni 2015 aus anderen Gründen als den in Nummer 4 genannten in den Anwendungsbe reich dieser Richtlinie fällt, oder einen Betrieb der unteren Klasse, der am oder nach dem 1. Juni 2015 aus anderen Gründen als den in Nummer 5 genannten zu einem Betrieb der oberen Klasse wird bzw. umgekehrt:

8. „Anlage“ eine technische Einheit innerhalb eines Betriebs, unabhängig davon, ob ober- oder unterirdisch, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, gehandhabt oder gelagert werden; sie umfasst alle Einrichtungen, Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Werkzeuge, Privatgebäude, Hafenanlagen, Umschlagseinrichtungen, Anlagebrücken, Lager oder ähnliche, auch schwimmende Konstruktionen, die für die Tätigkeit dieser Anlage erforderlich sind;

9. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die einen Betrieb oder eine Anlage betreibt oder kontrolliert oder der — sofern in den nationalen Rechtssystemen vorgesehen — die ausschließlich wissenschaftliche Verfügungsgewalt oder Entscheidungsgewalt über das technische Funktionieren des Betriebs oder der Anlage übertragen worden ist;

10. „gefährlicher Stoff“ Stoff oder ein Gemisch, der das unter Anhang I Teil 1 fallt oder in Anhang I Teil 2 aufgeführt ist, einschließlich in Form eines Rohstoffes, eines Endprodukts, eines Nebenprodukts, eines Rückstands oder eines Zwischenprodukts;

11. „Gemisch“ ein Gemisch oder eine Lösung, die aus zwei oder mehr Stoffen besteht;


13. „schwerer Unfall“ ein Ereignis — z. B. eine Emission, einen Brand oder eine Explosion größeren Ausmaßes —, das sich aus unkontrollierten Vorgängen in einem unter diese Richtlinie fallenden Betrieb ergibt, das unmittelbar oder später innerhalb oder außerhalb des Betriebs zu einer ernsten Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führt und bei dem ein oder mehrere gefährliche Stoffe beteiligt sind;

14. „Gefahr“ das Wesen eines gefährlichen Stoffes oder einer konkreten Situation, das darin besteht, der menschliche Gesundheit und der Umwelt Schaden zufügen zu können;

15. „Risiko“ die Wahrscheinlichkeit, dass innerhalb einer bestimmten Zeitspanne oder unter bestimmten Umständen eine bestimmte Wirkung eintritt;

16. „Lagerung“ das Vorhandensein einer Menge gefährlicher Stoffe zum Zweck der Einlagerung, der Hinterlegung zur sicheren Aufbewahrung oder der Lagerhaltung;

17. „die Öffentlichkeit“ eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen;

18. „die betroffenen Öffentlichkeit“ die von einer Entscheidung über einen der Sachverhalte gemäß Artikel 15 Absatz 1 betroffenen oder wahrscheinlich betroffenen Öffentlichkeit oder die Öffentlichkeit mit einem Interesse daran; im Sinne dieser Begriffsbestimmung haben Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen und alle einschlägigen, nach innerstaatlichem Recht geltenden Voraussetzungen erfüllen, ein Interesse;

19. „Inspektion“ alle Maßnahmen, einschließlich Besichtigungen vor Ort, Überprüfungen von untern Maßnahmen, Systemen und Berichten und Folgeuntersuchungen und alle notwendigen Folgemassnahmen, die von der zuständigen Behörde oder in ihrem Namen durchgeführt werden, um die Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie durch die Betriebe zu überprüfen und zu fördern.

Artikel 4

Beurteilung der Gefahren schwerer Unfälle in Bezug auf einen bestimmten gefährlichen Stoff

(1) Die Kommission beurteilt gegebenenfalls oder in jedem Fall auf der Grundlage einer Mitteilung eines Mitgliedstaats gemäß Absatz 2, ob es in der Praxis unmöglich ist, dass ein bestimmter gefährlicher Stoff, der unter Anhang I Teil 1 fällt oder in Anhang I Teil 2 aufgeführt ist, eine Freisetzung von Substanzen oder von Energie verursacht, die unter normalen wie auch unter vernünftigerweise vorhersehbaren abnormalen Bedingungen zu einem schweren Unfall führen könnten. Diese Beurteilung berücksichtigt, die in Absatz 3 genannten Informatio nen und stützt sich auf eines oder mehrere der folgenden Merkmale:

a) die physikalische Form des gefährlichen Stoffes unter normalen Verarbeitungs- oder Handhabungsbedingungen oder bei einem unbeabsichtigten Austreten aus der Umschließung;
b) die inhärenten Eigenschaften des gefährlichen Stoffes, insbesondere im Zusammenhang mit dispersivem Verhalten im Falle eines schweren Unfalls, etwa die Molekulmasse und den Sättigungsdruck;

c) die Höchstkonzentration der Stoffe bei Gemischen.

Für Zwecke des Unterabsatzes 1 sollen gegebenenfalls auch die Umschließung und die generische Verpackung des gefährlichen Stoffes berücksichtigt werden, vor allem auch, wenn sie durch eigene Rechtsvorschriften der Union geregelt werden.

(2) Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass ein gefährlicher Stoff keine Gefahr eines schweren Unfalls gemäß Absatz 1 birgt, so teilt er dies der Kommission mit und übermittelt dabei auch die unterstützende Begründung einschließlich der in Absatz 3 genannten Informationen.

(3) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 umfassen die für die Beurteilung der Eigenschaften des gefährlichen Stoffes, die eine gesundheitliche Gefahr, eine physikalische Gefahr und eine Gefahr für die Umwelt darstellen, erforderlichen Informationen:

a) ein umfassendes Verzeichnis der Eigenschaften, die erforderlich sind, um das Potenzial des gefährlichen Stoffes, physikalische, gesundheitliche oder ökologische Schäden zu verursachen, zu beurteilen;

b) physikalische und chemische Eigenschaften (beispielsweise Molekulmasse, Sättigungsdruck, inhärente Toxizität, Siedepunkt, Reaktivität, Viskosität, Löslichkeit und sonstige relevante Eigenschaften);

c) Eigenschaften, die eine gesundheitliche und physikalische Gefahr darstellen (beispielsweise Reaktivität, Entflammbarkeit, Toxizität zusammen mit zusätzlichen Faktoren wie der Art des Angriffs auf den Körper, das Verhältnis zwischen Verletzung und tödlichem Verlauf und langfristige Auswirkungen sowie sonstige relevante Eigenschaften);

d) Eigenschaften, die eine Gefahr für die Umwelt darstellen (beispielsweise Ökotoxizität, Persistenz, Bioakkumulation, Potenzial für weiträumigen Transport in der Umwelt sowie sonstige relevante Eigenschaften);

e) soweit vorhanden, die Einstufung des Stoffes oder Gemisches durch die Union;

f) Angaben zu stoffspezifischen Betriebsbedingungen (beispielsweise Temperatur, Druck und sonstige relevante Bedingungen), unter denen der gefährliche Stoff gelagert wird, verwendet wird und/oder im Falle vorhersehbarer außergewöhnlicher Betriebs situationen oder im Falle eines Unfalls wie etwa einem Brand vorhanden sein kann.

(4) Im Anschluss an die Beurteilung gemäß Absatz 1 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat gegebenenfalls einen Vorschlag für einen Gesetzesvorschlag vor, um den betreffenden gefährlichen Stoff vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie auszuschließen.

Artikel 5
Allgemeine Betreiberpflichten

(1) Die Mitgliedsstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu verhüten und deren Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen.

(2) Die Mitgliedsstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, der zuständigen Behörde im Sinne von Artikel 6 jederzeit, insbesondere im Hinblick auf Inspektionen und Kontrollen gemäß Artikel 20, nachzuweisen, dass er alle erforderlichen Maßnahmen im Sinne dieser Richtlinie getroffen hat.

Artikel 6
Zuständige Behörde

(1) Die Mitgliedsstaaten errichten oder benennen die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden, die umschieden der Verantwortlichkeiten des Betreibers die in dieser Richtlinie festgelegten Aufgaben durchführen/durchführen (im Folgenden „zuständige Behörde“), sowie gegebenenfalls die mit der technischen Unterstützung der zuständigen Behörde betrauten Stellen. Mitgliedsstaaten, die mehr als eine zuständige Behörde errichten oder benennen, stellen sicher, dass die Verfahren zur Erfüllung ihrer Aufgaben vollständig koordiniert werden.

(2) Die zuständigen Behörden und die Kommission arbeiten bei Maßnahmen zur Unterstützung der Umsetzung dieser Richtlinie zusammen und beziehen dabei gegebenenfalls Akteure mit ein.

(3) Die Mitgliedsstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden gleichwertige Angaben, die von Betreibern in Übereinstimmung mit anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union übermittelt werden und die Anforderungen dieser Richtlinie erfüllen, für die Zwecke dieser Richtlinie akzeptieren. In solchen Fällen stellen die zuständigen Behörden sicher, dass die Anforderungen dieser Richtlinie eingehalten werden.

Artikel 7
Mitteilungen

(1) Die Mitgliedsstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, der zuständigen Behörde eine Mitteilung mit folgenden Informationen zu übermitteln:

a) Name und/oder Firma des Betreibers sowie vollständige Anschrift des betreffenden Betriebs;

b) eingetragener Firmensitz und vollständige Anschrift des Betreibers;

c) Name und Funktion der für den Betrieb verantwortlichen Person, falls von der unter Buchstabe a genannten Person abweichend;
d) ausreichende Angaben zur Identifizierung der gefährlichen Stoffe und der Gefahrenkategorie von Stoffen, die beteiligt sind oder vorhanden sein könnten;

e) Menge und physikalische Form des betreffenden gefährlichen Stoffes oder der betreffenden gefährlichen Stoffe;

f) Tätigkeit oder beabsichtigte Tätigkeit in der Anlage oder dem Lager;

g) unmittelbare Umgebung des Betriebs und Faktoren, die einen schweren Unfall auslösen oder dessen Folgen verschlimmern können, einschließlich, soweit verfügbar, Einzelheiten zu benachbarten Betrieben sowie zu anderen Betriebstätten, die nicht in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, Betrieben und Entwicklungen, von denen ein schwerer Unfall ausgehen könnte oder die das Risiko oder die Folgen eines schweren Unfalls und von Domino-Effekten vergrößern könnten.

(2) Die Mitteilung bzw. ihre aktualisierte Fassung wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen übermittelt:

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme und vor Änderungen, die eine Änderung des Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben;

b) bei allen anderen Fällen innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Betreiber der zuständigen Behörde vor dem 1. Juni 2015 bereits eine Mitteilung gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts übermittelt hat und die darin enthaltenen Informationen Absatz 1 entsprechen und unverändert geblieben sind.

(4) Der Betreiber unterrichtet die zuständige Behörde im Vorhinein:

a) einer wesentlichen Vergrößerung oder Verringerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 1 angegebenen Menge oder einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer wesentlichen Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird;

b) einer Veränderung am Betrieb oder an einer Anlage, die erhebliche Folgen hinsichtlich der Gefahren schwerer Unfälle haben könnte;

c) der endgültigen Schließung des Betriebs oder seiner Stilllegung oder
d) von Änderungen der Informationen gemäß Absatz 1 Buchstaben a, b oder c.

Artikel 8

Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber verpflichtet ist, ein schriftliches Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle (im Folgenden „Konzept”) auszuarbeiten und diesen ordnungsgemäßen Umsetzung sicherzustellen. Das Konzept gewährleistet ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Es steht in angemessenem Verhältnis zu den Gefahren schwerer Unfälle. Es umfasst die übergeordneten Ziele und Handlungsziele des Betreibers, die Rolle und Verantwortung der Betriebsleitung und die Verpflichtung, die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle ständig zu verbessern und ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten.

(2) Das Konzept wird innerhalb der folgenden Fristen erstellt und, wenn dies durch das nationale Recht vorgesehen ist, der zuständigen Behörde übermittelt:

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme oder vor Änderungen, die eine Änderung des Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben;

b) bei allen anderen Fällen innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Betreiber bereits das Konzept niedergeschrieben und, sofern nach nationalem Recht erforderlich, es der zuständigen Behörde vor dem 1. Juni 2015 übermittelt hat und die darin enthaltenen Informationen Absatz 1 entsprechen und unverändert geblieben sind.

(4) Unbeschadet Artikel 11 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre das Konzept und bringt es, wenn erforderlich, auf den neuesten Stand. Wenn dies durch das nationale Recht vorgesehen ist, übermittelt der Betreiber das aktualisierte Konzept unverzüglich der zuständigen Behörde.


Artikel 9

Domino-Effekte

(2) Wenn die zuständige Behörde zusätzlich zu den vom Betreiber gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe g übermittelten Angaben über weitere Informationen verfügt, stellt sie diese Informationen diesem Betreiber zur Verfügung, sofern dies für die Anwendung dieses Artikels erforderlich ist.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Betreiber der gemäß Absatz 1 ermittelten Betriebe

a) sachdienliche Informationen austauschen, damit diese Betriebe in ihrem Konzept, ihren Sicherheitsmanagementsystemen, Sicherheitsberichten bzw. internen Notfallplänen der Art und den Ausmaß der allgemeinen Gefahr eines schweren Unfalls Rechnung tragen können;

b) bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der benachbarten Betriebsstätten, auf die diese Richtlinie keine Anwendung findet, sowie bei der Übermittlung von Angaben an die Behörde, die für die Erstellung der externen Notfallpläne zuständig ist, zusammenarbeiten.

Artikel 10
Sicherheitsbericht

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber eines Betriebs der oberen Klasse verpflichtet ist, einen Sicherheitsbericht zu erstellen, in dem

a) dargelegt wird, dass ein Konzept und ein Sicherheitsmanagement zu seiner Anwendung gemäß den Elementen des Anhangs III umgesetzt wurden;

b) dargelegt wird, dass die Gefahren schwerer Unfälle und mögliche Unfallzusammenhänge ermittelt und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Unfälle und zur Begrenzung der Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergriffen wurden;

c) dargelegt wird, dass bei der Auslegung, der Errichtung sowie dem Betrieb und der Wartung sämtlicher Anlagen, Lager, Einrichtungen und der für ihr Funktionieren erforderlichen Infrastrukturen, die im Zusammenhang mit den Gefahren schwerer Unfälle im Betrieb stehen, einer angemessenen Sicherheit und Zuverlässigkeit Rechnung getragen wurde;

d) dargelegt wird, dass interne Notfallpläne vorliegen, und in dem Angaben gemacht werden, um die Erstellung des externen Notfallplans zu ermöglichen;

e) zusätzliche Informationen bereitgestellt werden, damit die zuständige Behörde Entscheidungen über die Ausübung neuer Tätigkeiten oder Entwicklungen in der Nachbarschaft bestehender Betriebe treffen kann.

(2) Der Sicherheitsbericht enthält mindestens die in Anhang II aufgeführten Daten und Informationen. Er benennt die an der Erstellung des Berichts beteiligten einschlägigen Organisationen.

(3) Der Sicherheitsbericht wird der zuständigen Behörde innerhalb der folgenden Fristen übermittelt:

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme oder vor Änderungen, die eine Änderung des Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben;

b) bei bestehenden Betrieben der oberen Klasse bis zum 1. Juni 2016;

c) bei sonstigen Betrieben innerhalb von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nicht, wenn der Betreiber der zuständigen Behörde gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts vor dem 1. Juni 2015 den Sicherheitsbericht bereits übermittelt hat und die darin enthaltenen Informationen den Absätzen 1 und 2 entsprechen und unverändert geblieben sind. Um den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels nachzukommen, übermittelt der Betreiber geänderte Teile des Sicherheitsberichts in der von der zuständigen Behörde genehmigten Form gemäß dem Fristen nach Absatz 3.

(5) Unbeschadet Artikel 11 überprüft der Betreiber in regelmäßigen Abständen mindestens alle fünf Jahre den Sicherheitsbericht und bringt ihn erforderlichenfalls auf den neuesten Stand.


Der Betreiber übermittelt den aktualisierten Bericht oder aktualisierte Teile davon unverzüglich der zuständigen Behörde.

(6) Vor Beginn der Errichtung oder vor Inbetriebnahme durch den Betreiber oder in den in Absatz 3 Buchstaben b und c und Absatz 5 dieses Artikels genannten Fällen teilt die zuständige Behörde innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang des Berichtes dem Betreiber die Ergebnisse ihrer Prüfung des Sicherheitsberichts mit und unterstellt gegebenenfalls gemäß Artikel 19 die Inbetriebnahme oder die Weiterführung des betreffenden Betriebs.
Artikel 11
Änderung einer Anlage, eines Betriebs oder eines Lagers

Bei einer Änderung einer Anlage, eines Betriebs, eines Lagers, eines Verfahrens oder der Art oder physikalischen Form oder der Mengen der gefährlichen Stoffe, aus der sich erhebliche Auswirkungen auf die Gefahren schwerer Unfälle ergeben könnten oder die dazu führen könnten, dass ein Betrieb der unteren Klasse zu einem Betrieb der oberen Klasse wird oder umgekehrt, sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass der Betreiber die Mitteilung, das Konzept, das Sicherheitsmanagementsystem und den Sicherheitsbericht überprüft und erforderlichenfalls überarbeitet sowie die zuständige Behörde vor Durchführung der Änderung über die Einzelheiten dieser Überarbeitungen unterrichtet.

Artikel 12
Notfallpläne

(1) Bei allen Betrieben der oberen Klasse stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

a) der Betreiber einen internen Notfallplan für Maßnahmen innerhalb des Betriebs erstellt;

b) der Betreiber der zuständigen Behörde die für die Erstellung externer Notfallpläne erforderlichen Informationen übermittelt;

c) die zu diesem Zweck vom Mitgliedstaat benannten Behörden innerhalb von zwei Jahren nach Erhalt der erforderlichen Informationen vom Betreiber gemäß Buchstabe b einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

(2) Die Betreiber kommen den Verpflichtungen gemäß Absatz 1 Buchstaben a und b innerhalb der folgenden Fristen nach:

a) bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor der Inbetriebnahme oder vor Änderungen, die eine Änderung des Verzeichnisses gefährlicher Stoffe zur Folge haben;

b) bei bestehenden Betrieben der oberen Klasse bis zum 1. Juni 2016, es sei denn, der vor diesem Zeitpunkt gemäß den Bestimmungen des nationalen Rechts erstellte interne Notfallplan und die darin enthaltenen Angaben sowie die Informationen gemäß Absatz 1 Buchstabe b entsprechen diesem Artikel und sind unverändert geblieben;

c) bei sonstigen Betrieben innerhalb von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, an dem diese Richtlinie auf den betreffenden Betrieb Anwendung findet.

(3) Notfallpläne werden erstellt, um

a) Schadensfälle einzudämmen und unter Kontrolle zu bringen, so dass die Auswirkungen möglichst gering gehalten und Schädigungen der menschlichen Gesundheit, der Umwelt und von Sachwerten begrenzt werden können;

b) die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den Auswirkungen schwerer Unfälle einzuleiten;

c) notwendige Informationen an die Öffentlichkeit sowie betroffene Behörden oder Dienststellen in dem betreffenden Gebiet weiterzugeben;

d) Außenarbeiten und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Umwelt nach einem schweren Unfall einzuleiten.

Die Notfallpläne enthalten die in Anhang IV genannten Informationen.

(4) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die in dieser Richtlinie vorgesehenen internen Notfallpläne unter Beteiligung der im Betrieb tätigen Personen, einschließlich des relevanten langfristig beschäftigten Personals von Subunternehmen, erstellt werden.

(5) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig Gelegenheit erhält, ihren Standpunkt zu externen Notfallplänen darzulegen, wenn diese erstellt oder wesentlich geändert werden.


Im Zusammenhang mit externen Notfallplänen tragen die Mitgliedstaaten der Notwendigkeit Rechnung, eine verstärkte Zusammenarbeit bei Katastrophenhilfsmaßnahmen in schweren Notfällen zu fördern.


(8) Die zuständige Behörde kann aufgrund der Informationen im Sicherheitsbericht entscheiden, dass sich die Erstellung eines externen Notfallplans nach Absatz 1 erübrige: die Entscheidung ist zu begründen.
Artikel 13

Überwachung der Ansiedlung

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in ihren Politiken der Flächenausweisung oder Flächenutzung oder anderen einschlägigen Politiken das Ziel, schwere Unfälle zu verhüten und ihre Folgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu begrenzen, Berücksichtigung findet. Dazu überwachen sie

a) die Ansiedlung neuer Betriebe;

b) Änderungen von Betrieben im Sinne des Artikels 11;

c) neue Entwicklungen in der Nachbarschaft von Betrieben, einschließlich Verkehrswegen, öffentlich genutzten Örtlichkeiten und Wohngebieten, wenn diese Ansiedlungen oder Entwicklungen Ursache von schweren Unfällen sein oder das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können.

(2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass in ihrer Politik der Flächenausweisung oder Flächenutzung oder anderen einschlägigen Politiken sowie den Verfahren für die Durchführung dieser Politiken langfristig dem Erfordernis Rechnung getragen wird,

a) dass zwischen den unter diese Richtlinie fallenden Betrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebäuden und Gebieten, Erholungsgebieten und — soweit möglich — Hauptverkehrsweisen andererseits ein angemessener Sicherheitsabstand gewahrt bleibt;

b) dass unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle bzw. besonders empfindliche Gebiete in der Nachbarschaft von Betrieben erforderlichenfalls durch angemessene Sicherheitsabstände oder durch andere relevante Maßnahmen geschützt werden;

c) dass bei bestehenden Betrieben zusätzliche technische Maßnahmen nach Artikel 5 ergriffen werden, damit es zu keiner Zunahme der Gefährdung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt kommt.


Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Betreiber von Betrieben der unteren Klasse auf Aufforderung der zuständigen Behörde für Zwecke der Flächenausweisung oder Flächenutzung genügend Informationen zu den vom Betrieb ausgehenden Risiken liefern.


Artikel 14

Unterrichtung der Öffentlichkeit

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Angaben gemäß Anhang V der Öffentlichkeit ständig zugänglich sind, auch auf elektronischem Weg. Die Informationen werden gegebenenfalls und auch im Fall von Änderungen gemäß Artikel 11 auf dem neuesten Stand gehalten.

(2) Bei Betrieben der oberen Klasse stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

a) klare und verständliche Informationen über die Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten im Fall eines Unfalls den Personen, die von einem schweren Unfall betroffen sein könnten, regelmäßig und in angemessener Form ohne Aufforderung mitgeteilt werden;

b) der Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit vorbehaltlich Artikel 22 Absatz 3 auf Anfrage zugänglich gemacht wird; bei Anwendung von Artikel 22 Absatz 3 wird ein geänderter Bericht, beispielsweise in Form einer nichttechnischen Zusammenfassung, zugänglich gemacht, der zumindest allgemeine Informationen über die Gefahren schwerer Unfälle und über mögliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt im Falle eines schweren Unfalls umfasst;

c) das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe der Öffentlichkeit vorbehaltlich Artikel 22 Absatz 3 auf Anfrage zugänglich gemacht wird.

Die gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a bereitzustellenden Informationen umfassen mindestens die Angaben gemäß Anhang V. Diese Informationen werden auch an alle öffentlich genutzten Gebäude und Gebiete, einschließlich Schulen und Krankenhäuser, und an alle benachbarten Betriebe gemäß Artikel 9 geliefert. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Informationen mindestens alle fünf Jahre geliefert und regelmäßig überprüft sowie gegebenenfalls aktualisiert werden, auch im Fall von Änderungen gemäß Artikel 11.

(3) Die Mitgliedstaaten machen den übrigen Mitgliedstaaten, die von den grenzüberschreitenden Wirkungen eines schweren Unfalls in einem Betrieb der oberen Klasse betroffen werden

(1) ABL L 26 vom 28.1.2012, S. 1.
können, ausreichende Informationen zugänglich, damit der möglicherweise betroffene Mitgliedstaat gegebenenfalls alle einschlägigen Bestimmungen der Artikel 12 und 13 sowie des vorliegenden Artikels anwenden kann.

(4) Der betroffene Mitgliedstaat in einer Entscheidung festgestellt, dass von einem nahe am Heizungsgebiet eines anderen Mitgliedstaats gelegenen Betrieb außerhalb des Betriebsgeländes keine Gefahr eines schweren Unfalls im Sinne von Artikel 12 Absatz 8 ausgehen kann und folglich die Erstellung eines externen Notfallplans im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 nicht erforderlich ist, so setzt er den anderen Mitgliedstaat von seiner begründeten Entscheidung in Kenntnis.

Artikel 15
Öffentliche Konsultationen und Öffentlichkeitsbeteiligung am Entscheidungsverfahren

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig Gelegenheit erhält, ihren Standpunkt zu spezifischen einzelnen Projekten darzulegen, die sich auf Folgendes beziehen:

a) Planungen der Anordnung neuer Betriebe gemäß Artikel 13;

b) wesentliche Änderungen von Betrieben gemäß Artikel 11, soweit für diese Änderungen die in Artikel 13 vorgesehenen Verpflichtungen gelten;

c) neue Entwicklungen in der Nachbarschaft von Betrieben, wenn — im Sinne von Artikel 13 — die Standortwahl oder die Entwicklungen das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können.

(2) Im Hinblick auf die spezifischen einzelnen Projekte gemäß Absatz 1 wird die Öffentlichkeit (durch öffentliche Bekanntmachung oder auf anderem geeignetem Wege, einschließlich elektronischer Medien, soweit diese zur Verfügung stehen) frühzeitig im Verlauf des Entscheidungsverfahrens, spätestens jedoch, sobald die Informationen nach vernünftigem Ermessen zur Verfügung gestellt werden können, über Folgendes informiert:

a) den Gegenstand des spezifischen Projekts;

b) gegebenenfalls die Tatsache, dass ein Projekt Gegenstand einer einzelstaatlichen oder grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung oder von Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 14 Absatz 3 ist;

c) Einzelheiten zu den jeweiligen Behörden, die für die Entscheidung zuständig sind, bei denen relevante Informationen erhältlich sind und bei denen Stellungnahmen oder Fragen eingereicht werden können, sowie zu den vorgesehenen Fristen für die Übermittlung von Stellungnahmen oder Fragen;

d) die Art möglicher Entscheidungen oder, soweit vorhanden, den Entscheidungsentwurf;

e) die Angaben dazu, wann, wo und in welcher Weise die einschlägigen Informationen zugänglich sind;

f) die Einzelheiten zu den Vorkehrungen für die Beteiligung und Konsultation der Öffentlichkeit nach Absatz 7 dieses Artikels.

(3) Im Hinblick auf die spezifischen einzelnen Projekte gemäß Absatz 1 stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der betroffene Öffentlichkeit innerhalb eines angemessenen zeitlichen Rahmens Folgendes zugänglich gemacht wird:

a) in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften die wichtigsten Berichte und Empfehlungen, die der zuständigen Behörde zu dem Zeitpunkt vorliegen, zu dem die betroffene Öffentlichkeit nach Absatz 2 informiert wird;


(4) Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass die betroffene Öffentlichkeit das Recht erhält, der zuständigen Behörde Kommentare und Stellungnahmen zu übermitteln, bevor die Entscheidung über ein spezifisches einzelnes Projekt gemäß Absatz 1 fällt, und dass die Ergebnisse der Konsultationen gemäß Absatz 1 bei der Entscheidung angemessen berücksichtigt werden.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden, wenn die einschlägigen Entscheidungen getroffen werden, der Öffentlichkeit Folgendes zugänglich machen:

a) den Inhalt der Entscheidung und die Gründe, auf denen sie beruht, einschließlich aller nachfolgenden Aktualisierungen;

b) die Ergebnisse der vor der Entscheidung durchgeführten Konsultationen und eine Erklärung, wie diese im Rahmen der Entscheidung berücksichtigt wurden.


Die Mitgliedstaaten ermitteln die Kreise der Öffentlichkeit, die für die Zwecke dieses Absatzes ein Beteiligungsrrecht haben, dazu gehören unter anderem einschlägige nichtstaatliche Organisationen, die die einschlägigen Anforderungen des einzelstaatlichen Rechts erfüllen, wie beispielsweise Organisationen zur Förderung des Umweltschutzes.

(1) ABl. L 156 vom 25.6.2003, S. 17.

Dieser Absatz findet keine Anwendung auf Pläne und Programme, für die gemäß der Richtlinie 2001/42/EG ein Verfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wird.

(7) Die genauen Vorkehrungen für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und Anhörung der betroffenen Öffentlichkeit werden von den Mitgliedstaaten festgelegt.

Der Zeitrahmen für die verschiedenen Phasen muss so gewählt werden, dass ausreichend Zeit zur Verfügung steht, um die Öffentlichkeit zu informieren, und dass der betroffenen Öffentlichkeit ausreichend Zeit zur effektiven Vorbereitung und Beteiligung während des umweltbezogenen Entscheidungsverfahrens vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels gegeben wird.

Artikel 16
Vom Betreiber nach einem schweren Unfall zu erbringende Informationen und zu ergreifende Maßnahmen

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der Betreiber so bald wie möglich nach einem schweren Unfall in der am besten geeigneten Weise

a) die zuständige Behörde unterrichtet;
b) der zuständigen Behörden nachstehende Informationen mitteilt, sobald sie ihm bekannt sind:
   i) die Umstände des Unfalls;
   ii) die beteiligten gefährlichen Stoffe;
   iii) die zur Beurteilung der Auswirkungen des Unfalls für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und Sachwerte verfügbaren Daten;
   iv) die eingeleiteten Notfallmaßnahmen;
c) die zuständige Behörden über die Schritte unterrichtet, die vorgesehen sind,
   i) um die mittelfristigen und langfristigen Auswirkungen des Unfalls zu mildern;
   ii) um eine Wiederholung eines solchen Unfalls zu vermeiden;
d) die bereitgestellten Informationen aktualisiert, wenn sich bei weiteren Untersuchungen zusätzliche Fakten ergeben, die eine Änderung dieser Informationen oder der daraus gezogenen Folgerungen erfordern.

Artikel 17
Von der zuständigen Behörde nach einem schweren Unfall zu ergreifende Maßnahmen

Die Mitgliedstaaten beauftragen die zuständige Behörde, nach einem schweren Unfall

a) sicherzustellen, dass alle notwendigen Sofortmaßnahmen sowie alle notwendigen mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen ergriffen werden;
b) durch Inspektionen, Untersuchungen oder andere geeignete Mittel die für eine vollständige Analyse der technischen, organisatorischen und managementspezifischen Gesichtspunkte des Unfalls erforderlichen Informationen einzuholen;
c) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Betreiber alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen trifft;
d) Empfehlungen zu künftigen Verhütungsmaßnahmen abzugeben und
e) die möglicherweise betroffenen Personen von dem eingetretenen Unfall zu unterrichten sowie gegebenenfalls von den Maßnahmen, die ergriffen wurden, um seine Folgen zu mildern.

Artikel 18
Vom Mitgliedstaat nach einem schweren Unfall zu erbringende Informationen

(1) Zur Verhütung schwerer Unfälle und zur Begrenzung der Unfallfolgen unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über die in ihrem Hoheitsgebiet eingetretenen schweren Unfälle, die den Kriterien des Anhangs VI entsprechen. Sie teilen ihr folgende Einzelheiten mit:

a) Mitgliedstaat sowie Name und Anschrift der berichtenden Behörde;
b) Datum, Uhrzeit und Ort des Unfalls sowie den vollständigen Namen des Betreibers und die Anschrift des betreffenden Betriebs;
c) Kurzbeschreibung der Umstände des Unfalls sowie Angabe der beteiligten gefährlichen Stoffe und der unmittelbaren Auswirkungen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt;
d) Kurzbeschreibung der getroffenen Notfallmaßnahmen und der zur Vermeidung einer Wiederholung eines solchen Unfalls unmittelbar notwendigen Sicherheitsvorkehrungen;
e) die Ergebnisse ihrer Analysen und ihre Empfehlungen.

(2) Die Angaben gemäß Absatz 1 dieses Artikels werden, sobald dies machbar ist, aber spätestens ein Jahr nach dem Unfall unter Verwendung der Datenbank gemäß Artikel 21 Absatz 4 mitgeteilt. Sofern innerhalb dieses Zeitrahmens nur vorläufige Angaben zu Absatz 1 Buchstabe e zur Aufnahme in die Datenbank bereitgestellt werden können, werden die Angaben aktualisiert, sobald Ergebnisse weiterer Analysen und Empfehlungen verfügbar sind.

Die Übermittlung der in Absatz 1 Buchstabe e genannten Informationen durch die Mitgliedstaaten darf zurückgestellt werden, um den Abschluss gerichtlicher Verfahren zu ermöglichen, die durch eine solche Informationsübermittlung beeinträchtigt werden könnten.
(3) Zur Übermittlung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Informationen durch die Mitgliedstaaten wird ein Berichtsformular in Form von Durchführungsrechtsakte erstellt. Die Annahme dieser Durchführungsrechtsakte erfolgt gemäß dem Prüfverfahren nach Artikel 27 Absatz 2.

(4) Die Mitgliedstaaten geben der Kommission Name und Anschrift der Stellen bekannt, die gegebenenfalls sachdienliche Informationen über schwere Unfälle besitzen und in der Lage sind, die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten, die bei solchen Unfällen tätig werden müssen, zu beraten.

**Artikel 19**

**Verbot der Weiterführung**

(1) Die Mitgliedstaaten verbieten die Weiterführung oder Inbetriebnahme eines Betriebs, einer Anlage oder eines Lagers oder von Teilen davon, wenn die vom Betreiber getroffenen Maßnahmen zur Verhütung schwerer Unfälle und der Begrenzung der Unfallfolgen eindeutig unzureichend sind. Zu diesem Zweck berücksichtigen die Mitgliedstaaten unter anderem schwerwiegende Unterlassungen in Bezug auf die im Inspektionsbericht festgelegten notwendigen Maßnahmen.

Die Mitgliedstaaten können die Weiterführung oder Inbetriebnahme eines Betriebs einer Anlage oder eines Lagers von Teilen davon verbieten, wenn der Betreiber die nach dieser Richtlinie erforderlichen Mitteilungen, Berichte oder sonstigen Informationen nicht fristgerecht übermittelt hat.

(2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Betreiber gegen die Verbotsverfügung einer zuständigen Behörde nach Absatz 1 bei einer geeigneten Stelle Rechtsmittel gemäß einfachstaatlichem Recht und einfachstaatlichen Verfahren einlegen können.

**Artikel 20**

**Inspektionen**

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die zuständigen Behörden ein Inspektionsystem einrichten.

(2) Die Inspektionen sind für die Art des betreffenden Betriebs angemessen. Sie sind unabhängig vom Erhalt des Sicherheitsberichts oder anderer Berichte. Sie ermöglichen eine planmäßige und systematische Prüfung der betriebstechnischen, organisatorischen und managementrelevanten Systeme des Betriebs, damit insbesondere sichergestellt ist, dass

a) der Betreiber nachweisen kann, dass er im Zusammenhang mit den verschiedenen Tätigkeiten des Betriebs die zur Verhütung schwerer Unfälle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat;

b) der Betreiber nachweisen kann, dass er angemessene Mittel zur Begrenzung der Folgen schwerer Unfälle innerhalb und außerhalb des Betriebsgeländes vorgesehen hat;

c) die im Sicherheitsbericht oder in anderen Berichten enthaltenen Daten und Informationen den Gegebenheiten in dem Betrieb genau entsprechen;

d) Informationen gemäß Artikel 14 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle Betriebe auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene durch einen Inspektionsplan abgedeckt sind, und sorgen dafür, dass dieser Plan regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert wird.

Jeder Inspektionsplan umfasst Folgendes:

a) eine allgemeine Beurteilung einschlägiger Sicherheitsfragen;

b) den räumlichen Anwendungsbereich des Inspektionsplans;

c) eine Liste der Betriebe, für die der Plan gilt;

d) eine Liste der Gruppen von Betrieben mit möglichen Dominanz-Effekten nach Artikel 9;

e) eine Liste der Betriebe, in denen besondere externe Risiken oder Gefahrenquellen das Risiko eines schweren Unfalls erhöhen oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können;

f) Verfahren für Routineinspektionen, einschließlich der Programme für solche Inspektionen gemäß Absatz 4;

g) Verfahren für nichtroutinemäßige Inspektionen gemäß Absatz 6;

h) Bestimmungen für die Zusammenarbeit zwischen Inspektionsbehörden.

(4) Auf der Grundlage der in Absatz 3 genannten Inspektionspläne erzählt die zuständige Behörde regelmäßig Programme für Routineinspektionen aller Betriebe, in denen auch die Häufigkeit der Vor-Ort-Bestätigungen für die verschiedenen Arten von Betrieben angegeben ist.

Der zeitliche Abstand zwischen zwei aufeinander folgenden Vor-Ort-Bestätigungen darf für Betriebe der oberen Klasse nicht mehr als ein Jahr und für Betriebe der unteren Klasse nicht mehr als drei Jahre betragen, es sei denn, die zuständige Behörde hat auf der Grundlage einer systematischen Bewertung der Gefahren schwerer Unfälle in den betreffenden Betrieben ein Inspektionsprogramm erarbeitet.

(5) Die systematische Beurteilung der Gefahren der betreffenden Betriebe stützt sich mindestens auf folgende Kriterien:

a) potenzielle Auswirkungen der betreffenden Betriebe auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt;
b) die dokumentierte Einhaltung der Anforderungen dieser Richtlinie.

Gegebenenfalls werden einschlägige Ergebnisse von im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union durchgeführten Inspektio-
nen ebenfalls berücksichtigt.

(6) Nichtroutinemäßige Inspektionen werden durchgeführt, um schwerwiegende Beschwerden, ernste Unfälle und „Beina-
heunfälle“, Zwischenfälle und die Nichteinhaltung von Vor-
schriften baldmöglichst zu untersuchen.

(7) Innerhalb von vier Monaten nach jeder Inspektion teilt die zuständige Behörde dem Betreiber ihre Schlussfolgerungen

daraus und alle ermittelten erforderlichen Maßnahmen mit. Die
zuständige Behörde stellt sicher, dass der Betreiber alle diese
erforderlichen Maßnahmen innerhalb eines angemessenen Zeit-
raums nach Erhalt der Mitteilung einleitet.

(8) Wird bei einer Inspektion ein bedeutender Verstoß gegen diese Richtlinie festgestellt, wird innerhalb von sechs Monaten

eine zusätzliche Inspektion durchgeführt.

(9) Wenn möglich werden Inspektionen mit Inspektionen im Rahmen anderer Rechtsvorschriften der Union koordiniert und
gegebenenfalls miteinander verbunden.

(10) Die Mitgliedstaaten ermutigen die zuständigen Behörden dazu, Mechanismen und Instrumente für den Erfahrungsaus-
tausch und die Wissenskonsolidierung zur Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls auf Unionsebene an solchen Mechanis-
men zu beteiligen.

(11) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Betreiber den zuständigen Behörden die erforderliche Unterstützung gewäh-
ren, damit diese Behörden Inspektionen durchführen und alle für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen dieser Richt-
linie erforderlichen Informationen sammeln können, insbeson-
de um den Behörden zu erlauben, die Möglichkeit eines schweren Unfalls umfassend zu beurteilen, das Ausmaß der mögli-
chen erhöhten Wahrscheinlichkeit oder Verschlimmerung der Folgen schwerer Unfälle zu ermitteln, einen externen Not-
fallplan zu erstellen und Stoffe zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer physikalischen Form, ihrer besonderen Merkmale oder ih-
res Standorts genauere Betrachtung erfordern.

Artikel 21

Informationsaustausch und Informationssystem

(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission tauschen Informa-

tionen über die bei der Verhütung schwerer Unfälle und der
Begrenzung ihrer Folgen gesammelten Erfahrungen aus. Diese
Informationen beziehen sich insbesondere auf die Wirkungs-
weise der in dieser Richtlinie vorgesehenen Bestimmungen.

(2) Bis zum 30. September 2019 und danach alle vier Jahre
übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission einen Bericht über die Umsetzung dieser Richtlinie.

(3) Bezüglich der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe
tellen die Mitgliedstaaten der Kommission zumindest folgende
Informationen mit:

a) Name oder Firma des Betreibers sowie vollständige Anschrift

des betreffenden Betriebs;

b) Tätigkeit oder Tätigkeiten des Betriebs.

Die Kommission errichtet eine Datenbank, die die von den Mit-
gliedstaaten übermittelten Informationen enthält, und hält diese auf dem neuesten Stand. Der Zugang zu der Datenbank ist
Personen vorbehalten, die hierzu von der Kommission oder den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten ermächtigt wor-
den sind.

(4) Die Kommission errichtet eine von Mitgliedstaaten zur
Verfügung gehaltene Datenbank, die insbesondere ausführliche
Angaben über die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten eingetretenen schweren Unfälle enthält, mit dem Ziel

a) einer raschen Übermittlung der von den Mitgliedstaaten ge-
maß Artikel 18 Absätze 1 und 2 gelieferten Informationen an sämtliche zuständigen Behörden;

b) der Weitergabe der Analysen der Unfallsachen und der
daraus gewonnenen Erkenntnisse an die zuständigen Behör-
den;

c) einer Unterrichtung der zuständigen Behörden über getrof-
fene Verhütungsmaßnahmen;

d) der Bereitstellung von Informationen über Stellen, die hin-
sichtlich des Auftretens und der Verhütung von schweren
Unfällen sowie der Begrenzung von Unfallsfolgen informieren und beraten können.

Durchführungsrechtsakte, um die Formate für die Übermittlung
der Informationen gemäß den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels
durch die Mitgliedstaaten und die einschlägigen Datenbanken
gemäß den Absätzen 3 und 4 festzulegen. Diese Durchfüh-
rungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 27 Absatz 2
genannten Prüfverfahren erlassen.

(6) Die Datenbank gemäß Absatz 4 umfasst zumindest

a) die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 18 Absätze 1 und

2 gelieferten Informationen;

b) eine Analyse der Unfallsachen;

c) die aus den Unfällen gewonnenen Erkenntnisse;

d) die zur Verhütung der Wiederholung eines solchen Unfalls
erforderlichen vorbeugenden Maßnahmen.
Artikel 22

Zugang zu Informationen und Vertraulichkeit

(1) Die Mitgliedstaaten veranlassen, dass die zuständige Behörde im Interesse der Transparenz jegliche gemäß dieser Richtlinie vorliegende Information jeder natürlichen oder juristischen Person auf Antrag gemäß der Richtlinie 2003/4/EG zur Verfügung stellen muss.


Artikel 23

Zugang zu Gerichten

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass

a) jeder Antragsteller, der gemäß Artikel 14 Absatz 2 Buchstaben b oder c oder Artikel 22 Absatz 1 dieser Richtlinie um Auskunft ersucht, gemäß Artikel 6 der Richtlinie 2003/4/EG eine Überprüfung der Handlungen oder Unterlassungen einer zuständigen Behörde hinsichtlich eines derartigen Auskunftserfragens beantragen kann;


Artikel 24

Leitlinien

Die Kommission kann Leitlinien zum Sicherheitsabstand und zu Domino-Effekten ausarbeiten.

Artikel 25

Änderung der Anhänge

Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 26 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Anhänge II bis VI an den technischen Fortschritt anzupassen. Derartige Anpassungen haben keine wesentlichen Änderungen der in dieser Richtlinie festgelegten Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und der Betreiber zur Folge.

Artikel 26

Auszug der Befugnissübertragung

(1) Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.


(4) Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.


Artikel 27

Ausschussverfahren


(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so findet Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 Anwendung.
Artikel 28
Sanktionen

Artikel 29
Berichterstattung und Überprüfung

(2) Im Rahmen der einschlägigen Rechtsvorschriften der Union kann die Kommission prüfen, ob es erforderlich ist, die Frage der finanziellen Verantwortlichkeit des Betreibers in Bezug auf schwere Unfälle einschließlich die Versicherung betreffende Fragen zu behandeln.

Artikel 30
Änderung der Richtlinie 96/82/EG
In der Richtlinie 96/82/EG wird in Anhang I Teil 1 unter der Überschrift „Erdölerzeugnisse“ das Wort „d) Schweröle“ angefügt.

Artikel 31
Umsetzung


Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Rechtsvorschriften mit.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten legen die Einzelheiten der Bezugnahme fest.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 32
Aufhebung

(2) Verweise auf die aufgehobene Richtlinie gelten als Verweise auf die vorliegende Richtlinie nach der Entsprechungstabelle in Anhang VII.

Artikel 33
Inkrafttreten
Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Artikel 34
Adressaten
Dieser Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.


Im Namen des Europäischen Parlaments
Der Präsident
M. SCHULZ

Im Namen des Rates
Der Präsident
A. D. MAVROYIANNIS
VERZEICHNIS DER ANHÄNGE

Anhang I — Gefährliche Stoffe

Anhang II — In dem Sicherheitsbericht gemäß Artikel 10 zu berücksichtigende Mindestdaten und Mindestinformationen

Anhang III — Informationen gemäß Artikel 8 Absatz 5 und Artikel 10 betreffend das Sicherheitsmanagementsystem und die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle

Anhang IV — In die Notfallpläne gemäß Artikel 12 aufzunehmende Daten und Informationen

Anhang V — Einzelheiten, die der Öffentlichkeit nach Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a mitgeteilt sind

Anhang VI — Kriterien für die in Artikel 18 Absatz 1 vorgesehene Unterrichtung der Kommission über einen schweren Unfall

Anhang VII — Entsprechungstabelle
ANHANG 1

GEFÄHRLICHE STOFFE

Auf gefährliche Stoffe, die unter die Gefahrkategorien des Teil 1 Spalte 1 dieses Anhangs fallen, finden die in den Spalten 2 und 3 des Teil 1 genannten Mengenschwellen Anwendung.

Sofern ein gefährlicher Stoff unter Teil 1 dieses Anhangs fällt und ebenfalls in Teil 2 aufgeführt ist, finden die in den Spalten 2 und 3 des Teils 2 genannten Mengenschwellen Anwendung.

TEIL 1

Gefahrkategorien von gefährlichen Stoffen

Dieser Teil umfasst alle gefährlichen Stoffe, die unter die Gefahrkategorien in Spalte 1 fallen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Spalte 1</th>
<th>Spalte 2</th>
<th>Spalte 3</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gefahrkategorien gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008</td>
<td>Mengenschwelle (in Tonnen) für gefährliche Stoffe gemäß Artikel 3 Absatz 10 für die Anwendung von Anforderungen an Betriebe der unteren Klasse</td>
<td>Anforderungen an Betriebe der oberen Klasse</td>
</tr>
<tr>
<td>Abschnitt „H“ — GESUNDHEITSGEFahren</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>H1 AKUT TOXISCH Gefahrkategorie 1, alle Expositionswege</td>
<td>5</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>H2 AKUT TOXISCH</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>— Gefahrkategorie 2, alle Expositionswege:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— Gefahrkategorie 3, inhalativer Expositionsweg (siehe Anmerkung 7)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>H3 STOT SPEZIFISCHE ZIELORGAN-TOXIZITÄT — EINMALIGE EXPOSITION</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>STOT SE Gefahrkategorie 1</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Abschnitt „P“ — PHYSikalische Gefahren</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>P1a EXPLOSIVE STOFFE (siehe Anmerkung 8)</td>
<td>10</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>— Instabile explosive Stoffe</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— Explosive Stoffe, Unterklassen 1.1, 1.2, 1.3, 1.5 oder 1.6</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— Stoffe oder Gemische mit explosonigen Eigenschaften nach Methode A.14 der Verordnung (EG) Nr. 440/2008 (siehe Anmerkung 9), die nicht den Gefahrklassen organische Peroxide oder selbstzersetzliche Stoffe und Gemische zuzuordnen sind</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>P1b EXPLOSIVE STOFFE (siehe Anmerkung 8)</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Explosive Stoffe, Unterklasse 1.4 (siehe Anmerkung 10)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>P2 ENTZÜNDbare GASE</td>
<td>10</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>Entzündbare Gase, Gefahrkategorie 1 oder 2</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>P3a ENTZÜNDbare AEROSOLE (siehe Anmerkung 11.1)</td>
<td>150 (netto)</td>
<td>500 (netto)</td>
</tr>
<tr>
<td>„Entzündbares“ Aerosol der Gefahrkategorie 1 oder 2, umfasst entzündbare Gase der Gefahrkategorie 1 oder 2 oder entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrkategorie 1</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>P3b ENTZÜNDbare AEROSOLE (siehe Anmerkung 11.1)</td>
<td>5 000 (netto)</td>
<td>50 000 (netto)</td>
</tr>
<tr>
<td>„Entzündbares“ Aerosol der Gefahrkategorie 1 oder 2, umfasst weder entzündbare Gase der Gefahrkategorie 1 oder 2 noch entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrkategorie 1 (siehe Anmerkung 11.2)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Spalte 1</td>
<td>Spalte 2</td>
<td>Spalte 3</td>
</tr>
<tr>
<td>------------------------------------------------------------------------</td>
<td>---------</td>
<td>---------</td>
</tr>
<tr>
<td>Gefahrenkategorien gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mengenschwelle (in Tonnen) für gefährliche Stoffe gemäß Artikel 3 Absatz 10 für die Anwendung von</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anforderungen an Betriebe der unteren Klasse</td>
<td>Anforderungen an Betriebe der oberen Klasse</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P4 ENTZÜNDEND (OXIDIERTER) WIRKENDE GAS</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Entzündend (oxidiert) wirkende Gase, Gefahrenkategorie 1</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P5a ENTZÜNDBARE FLÜSSIGKEITEN</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrenkategorie 1</td>
<td>10</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>— entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrenkategorien 2 oder 3, die auf einer Temperatur über ihrem Siedepunkt gehalten werden</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— andere Flüssigkeiten mit einem Flammpunkt von ≤ 60 °C, die auf einer Temperatur über ihrem Siedepunkt gehalten werden (siehe Anmerkung 12)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P5b ENTZÜNDBARE FLÜSSIGKEITEN</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>— entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrenkategorien 2 oder 3, bei denen besondere Verarbeitungsbedingungen wie hoher Druck oder hohe Temperatur zu Gefahren schwerer Unfälle führen können</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>— andere Flüssigkeiten mit einem Flammpunkt von ≤ 60 °C, bei denen besondere Verarbeitungsbedingungen wie hoher Druck oder hohe Temperatur zu Gefahren schwerer Unfälle führen können (siehe Anmerkung 12)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P5c ENTZÜNDBARE FLÜSSIGKEITEN</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Entzündbare Flüssigkeiten der Gefahrenkategorien 2 oder 3, nicht erfasst unter P5a und P5b</td>
<td>50000</td>
<td>50000</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P6a SELBSTZERSETZLICHE STOFFE UND GEMISCHE UND ORGANISCHE PEROXIDE</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Selbstzersetzliche Stoffe und Gemische, Typ A oder B (Organische Peroxide, Typ A oder B)</td>
<td>10</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P6b SELBSTZERSETZLICHE STOFFE UND GEMISCHE UND ORGANISCHE PEROXIDE</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Selbstzersetzliche Stoffe und Gemische, Typ C, D, E oder F (Organische Peroxide, Typ C, D, E oder F)</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P7 SELBSTENTZÜNDLICHE (PYROPHORE) FLÜSSIGKEITEN UND FESTSTOFFE</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Selbstentzündliche (pyrophore) Flüssigkeiten der Gefahrenkategorie 1</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Selbstentzündliche (pyrophore) Feststoffe der Gefahrenkategorie 1</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>P8 ENTZÜNDEND (OXIDIERTER) WIRKENDE FLÜSSIGKEITEN UND FESTSTOFFE</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Entzündend (oxidiert) wirkende Flüssigkeiten der Gefahrenkategorie 1, 2 oder 3</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>Entzündend (oxidiert) wirkende Feststoffe, Gefahrenkategorie 1, 2 oder 3</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Abschnitt „E“ — UMWELTFÄHREN**

| E1 Gewässergefährdend, Gefahrenkategorie Akut 1 oder Chronisch 1         | 100     | 200     |
| E2 Gewässergefährdend, Gefahrenkategorie Chronisch 2                   | 200     | 500     |

**Abschnitt „O“ — ANDERE FAHREN**

| O1 Stoffe oder Gemische mit dem Gefahrenhinweis EUH014                | 100     | 500     |
| O2 Stoffe und Gemische, die bei Berührung mit Wasser entzündbare Gase entwickeln, Gefahrenkategorie 1 | 100     | 500     |
| O3 Stoffe oder Gemische mit dem Gefahrenhinweis EUH029                | 50      | 200     |
### TEIL 2

**Namentlich aufgeführte gefährliche Stoffe**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Spalte 1</th>
<th>CAS-Nr. []</th>
<th>Spalte 2</th>
<th>Spalte 3</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gefährliche Stoffe</td>
<td></td>
<td>Betrieben der unteren Klasse</td>
<td>Betrieben der oberen Klasse</td>
</tr>
<tr>
<td>1. Ammoniumnitrat (siehe Anmerkung 13)</td>
<td>—</td>
<td>5 000</td>
<td>10 000</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Ammoniumnitrat (siehe Anmerkung 14)</td>
<td>—</td>
<td>1 250</td>
<td>5 000</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Ammoniumnitrat (siehe Anmerkung 15)</td>
<td>—</td>
<td>350</td>
<td>2 500</td>
</tr>
<tr>
<td>4. Ammoniumnitrat (siehe Anmerkung 16)</td>
<td>—</td>
<td>10</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>5. Kaliumnitrat (siehe Anmerkung 17)</td>
<td>—</td>
<td>5 000</td>
<td>10 000</td>
</tr>
<tr>
<td>6. Kaliumnitrat (siehe Anmerkung 18)</td>
<td>—</td>
<td>1 250</td>
<td>5 000</td>
</tr>
<tr>
<td>7. Diarsenpentoxid, Arsen(V)-Säure und/oder -Salze</td>
<td>1303-28-2</td>
<td>1</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>8. Diarsenoxid, Arsen(III)-Säure und/oder -Salze</td>
<td>1327-53-3</td>
<td>0,1</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9. Brom</td>
<td>7726-95-6</td>
<td>20</td>
<td>100</td>
</tr>
<tr>
<td>10. Chlor</td>
<td>7782-50-5</td>
<td>10</td>
<td>25</td>
</tr>
<tr>
<td>11. Atemgängige pulverförmige Nickelverbindungen: Nickelmonoxid, Nickeldioxid, Nickelsulfid, Trinickelsulfid, Dimickelsulfid</td>
<td>—</td>
<td>1</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>12. Ethylenimin</td>
<td>151-56-4</td>
<td>10</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>13. Fluor</td>
<td>7782-41-4</td>
<td>10</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>14. Formaldehyd (Konzentration ≥ 90 %)</td>
<td>50-00-0</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>15. Wasserstoff</td>
<td>1333-74-0</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>16. Chlorwasserstoff (verflüssigtes Gas)</td>
<td>7647-01-0</td>
<td>25</td>
<td>250</td>
</tr>
<tr>
<td>17. Blei(IV)lyle</td>
<td>—</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>18. Verflüssigte entzündbare Gase, Kategorie 1 oder 2 (einschließlich LPG) und Erdgas (siehe Anmerkung 19)</td>
<td>—</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>19. Acrylen</td>
<td>74-86-2</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>20. Ethylenoxid</td>
<td>75-21-8</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>21. Propylenoxid</td>
<td>75-56-9</td>
<td>5</td>
<td>50</td>
</tr>
<tr>
<td>22. Methanol</td>
<td>67-56-1</td>
<td>500</td>
<td>5 000</td>
</tr>
<tr>
<td>23. 4,4′-Methylen-bis (2-chloranillin) und/oder seine Salze, pulverförmig</td>
<td>101-14-4</td>
<td>0,01</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>24. Methylisocyanat</td>
<td>624-83-9</td>
<td>0,13</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>25. Sauerstoff</td>
<td>7782-44-7</td>
<td>200</td>
<td>2 000</td>
</tr>
<tr>
<td>26. 2,4-Toluylendisocyanat</td>
<td>584-84-9</td>
<td>10</td>
<td>100</td>
</tr>
<tr>
<td>2,6-Toluylendisocyanat</td>
<td>91-08-7</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Spalte 1</td>
<td>Spalte 2</td>
<td>Spalte 3</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>---------</td>
<td>---------</td>
<td>---------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gefährliche Stoffe</td>
<td>CAS-Nr. (1)</td>
<td>Mengenschwelle (in Tonnen) für die Anwendung in</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>Betrieben der unteren Klasse</td>
<td>Betrieben der oberen Klasse</td>
</tr>
<tr>
<td>27. Carboxylchlorid (Phosgen)</td>
<td>75-44-5</td>
<td>0,3</td>
<td>0,75</td>
</tr>
<tr>
<td>28. Arsinn (Arsen trihydrid)</td>
<td>7784-42-1</td>
<td>0,2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>29. Phosphin (Phosphor trihydrid)</td>
<td>7803-51-2</td>
<td>0,2</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>30. Schwefeldichlorid</td>
<td>10545-99-0</td>
<td></td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>31. Schwefeltetroxid</td>
<td>7446-11-9</td>
<td>15</td>
<td>75</td>
</tr>
<tr>
<td>32. Polychlordibenzofuran und Polychlordibenzodioxide (einschließlich TCDD), in TCDD-Equivalenten berechnet (siehe Anmerkung 20)</td>
<td></td>
<td>0,001</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>33. Die folgenden KARZINOGENE oder Gemische, die die folgenden Karzinogene in Konzentrationen von über 5 Gewichtsprozent enthalten:</td>
<td></td>
<td>0,5</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>4-Aminophenyl und/oder seine Salze, Benzotrifenol, Benzophen und/oder seine Salze, Bis[chlormethyl]ether, Chlorhex methylether, 1,2-Dibromethan, Diethyl sulfat, Dimethyl sulfat, Dimethyl[carbamoylechlorid], 1,2-Dibrom-3-chlorpropen, 1,2-Dimethylhydrazin, Dimethylhydrazin, Hexamethylphosphor triumid, Hydrazin, 2-Naphtylamin und/oder seine Salze, 4-Nitrodiphenyl und 1,3-Propan sulton</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>34. Erdöl erzeugnisse und alternative Kraftstoffe</td>
<td></td>
<td>2500</td>
<td>25000</td>
</tr>
<tr>
<td>a) Ottokraftstoffe und Naphta</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>b) Kerosine (einschließlich Flugturbine nkraftstoffe)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>c) Gasöle (einschließlich Diesekraftstoffe, leichtes Heizöl und Gasöl mischströme)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>d) Schweröle</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>e) alternative Kraftstoffe, die denselben Zwecken dienen und in Bezug auf Entflammbarkeit und Umweltgefähr dung ähnliche Eigenschaften aufweisen wie die unter den Buchstaben a bis d genannten Erzeugnisse</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>35. Ammoniak, wasserfrei</td>
<td>7664-41-7</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>36. Bromthri fluorid</td>
<td>7637-07-2</td>
<td>5</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>37. Schwefelwasserstoff</td>
<td>7783-06-4</td>
<td>5</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>38. Piperidin</td>
<td>110-89-4</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>39. Bis(2-dimethylamin oethyl)methylamin</td>
<td>1039-47-5</td>
<td>50</td>
<td>100</td>
</tr>
<tr>
<td>40. 3-(2-Ethylhexyl)oxy)propylamin</td>
<td>5397-31-9</td>
<td>50</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>41. Natri umhypoclorit-Gemische (*) , die als gewässergefähr tend — akut 1 [H400] eingestuft sind und weniger als 5 % Aktivchlor enthalten und in keine der anderen Gefahren kategorien in Anhang 1 Teil 1 eingestuft sind</td>
<td></td>
<td>200</td>
<td>500</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(*) Vorausgesetzt, dass Gemisch nicht als gewässergefähr tend — akut 1 [H400] eingestuft.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Spalte 1</th>
<th>CAS-Nr. (1)</th>
<th>Spalte 2</th>
<th>Spalte 3</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gefährliche Stoffe</td>
<td></td>
<td>Mengenschwelle (in Tonnen) für die Anwendung in Betrieben der unteren Klasse</td>
<td>Betrieben der oberen Klasse</td>
</tr>
<tr>
<td>42. Propylamin (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>107-10-8</td>
<td>500</td>
<td>2 000</td>
</tr>
<tr>
<td>43. tert-Butylacrylat (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>1663-39-4</td>
<td>200</td>
<td>500</td>
</tr>
<tr>
<td>44. 2-Methyl-3-butenitril (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>16529-56-9</td>
<td>500</td>
<td>2 000</td>
</tr>
<tr>
<td>45. Tetrahydro-3,5-Dimethyl-1,3,5-thiadiazin-2-thion (Dazomet) (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>533-74-4</td>
<td>100</td>
<td>200</td>
</tr>
<tr>
<td>46. Methylacrylat (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>96-33-3</td>
<td>500</td>
<td>2 000</td>
</tr>
<tr>
<td>47. 3-Methylpyridin (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>108-99-6</td>
<td>500</td>
<td>2 000</td>
</tr>
<tr>
<td>48. 1-Brom-3-chlorpropan (siehe Anmerkung 21)</td>
<td>109-70-6</td>
<td>500</td>
<td>2 000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(1) Die CAS-Nummer wird nur als Hinweis angegeben.

**ANMERKUNGEN ZU ANHANG I**


3. Die vorstehend angegebenen Mengenschwellen gelten je Betrieb.

Die für die Anwendung der einschlägigen Artikel zu berücksichtigenden Mengen sind die Höchstmengen, die zu irgendeinem Zeitpunkt vorhanden sind oder vorhanden sein können. Gefährliche Stoffe, die in einem Betrieb nur in einer Menge von höchstens 2 % der relevanten Mengenschwelle vorhanden sind, bleiben bei der Berechnung der vorhandenen Gesamtmenge unberücksichtigt, wenn sie sich innerhalb eines Betriebs an einem Ort befinden, an dem sie nicht als Auslöser eines schweren Unfalls an einem anderen Ort des Betriebs wirken können.

4. Soweit zutreffend, gelten die folgenden Regeln für das Addieren von Mengen gefährlicher Stoffe oder von Kategorien gefährlicher Stoffe:

Bei einem Betrieb, in dem kein einzelner gefährlicher Stoff in einer Menge vorhanden ist, die der jeweiligen Mengenschwelle entspricht oder größer ist, wird zur Feststellung, ob der Betrieb unter die einschlägigen Vorschriften der Richtlinie fällt, folgende Additionsregel angewendet.

Diese Richtlinie ist auf Betriebe der oberen Klasse anzuwenden, wenn die Summe

\[ q_1 Q_{11}^1 + q_2 Q_{12}^1 + q_3 Q_{13}^1 + q_4 Q_{14}^1 + q_5 Q_{15}^1 + \ldots \text{ größer oder gleich } 1 \text{ ist,} \]

da\( q_i \) die Menge des gefährlichen Stoffes \( x \) (oder gefährlicher Stoff ein und derselben Kategorie), der (die) unter Teil 1 oder Teil 2 dieses Anhangs fällt (fallen),

und \( Q_{1x} \) die in Teil 1 Spalte 3 oder Teil 2 Spalte 3 angegebene relevante Mengenschwelle für den gefährlichen Stoff oder die Kategorie \( x \).

Diese Richtlinie ist auf Betriebe der unteren Klasse anzuwenden, wenn die Summe

\[ q_1 Q_{11}^2 + q_2 Q_{12}^2 + q_3 Q_{13}^2 + q_4 Q_{14}^2 + q_5 Q_{15}^2 + \ldots \text{ größer oder gleich } 1 \text{ ist,} \]

da\( q_i \) die Menge des gefährlichen Stoffes \( x \) (oder gefährlicher Stoff ein und derselben Kategorie), der (die) unter Teil 1 oder Teil 2 dieses Anhangs fällt (fallen),
und Q_kX die in Teil 1 Spalte 2 oder Teil 2 Spalte 2 angegebene relevante Mengenschwelle für den gefährlichen Stoff oder die Kategorie x.

Diese Regel dient zur Beurteilung der Gesundheits- und Umweltgefährden. Sie ist daher dreimal anzuwenden:

a) für das Addieren von in Teil 2 aufgeführten gefährlichen Stoffen, die unter die Gefahrenkategorien „akute Toxizität 1, 2 oder 3 (Inhalation)“ oder STOT SE Gefahrenkategorie 1 fallen, zu gefährlichen Stoffen, die unter Teil 1 Abschnitt E, Einträge H1 bis H3 fallen,

b) für das Addieren von in Teil 2 aufgeführten gefährlichen Stoffen, die explosive Stoffe, entzündbare Gas, entzündbare Aerosole, entzündend (oxidierend) wirkende Gase, entzündbare flüssige, Selbstzersetzungliche Stoffe und Gemische, organische Peroxide, selbstentzündliche (pyrophore) Flüssigkeiten und Feststoffe, entzündend (oxidierend) wirkende Feststoffe und Flüssigkeiten sind, zu gefährlichen Stoffen, die unter Teil 1 Abschnitt P, Einträge P1 bis P6 fallen,

c) für das Addieren von in Teil 2 aufgeführten gefährlichen Stoffen, die unter „gewässergefährdend — akute Gefahr 1, chronische Gefahr 1 oder chronische Gefahr 2“ fallen, zu gefährlichen Stoffen, die unter Teil 1 Abschnitt E, Einträge E1 und E2 fallen.

Die einschlägigen Bestimmungen dieser Richtlinie sind anzuwenden, wenn eine der bei Buchstabe a, b oder c erhaltenen Summen größer oder gleich 1 ist.

5. Gefährliche Stoffe, einschließlich Abfällen, die nicht unter die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 fallen, aber dennoch in einem Betrieb vorhanden sind oder vorhanden sein können und unter den im Betrieb angetroffenen Bedingungen hinsichtlich ihres Unfallpotenzials gleichwertige Eigenschaften besitzen oder besitzen können, werden vorläufig der ähnlichen Gefahrenkategorie oder dem ähnlichen namenstücks aufgeführten gefährlichen Stoff, die/der in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fällt, zugeordnet.


7. Gefährliche Stoffe, die unter akut toxisch, Gefahrenkategorie 3, ord H (301) fallen, fallen in jenen Fällen, in denen sich weder eine Einstufung in akute Inhalations- noch in akute Dermale Toxizität noch in akute dermale Toxizität ableiten lässt, etwa weil schlüssige Daten zur Inhalations- und zur dermalen Toxizität fehlen, unter den Eintrag H2 AKUT TOXISCH.


10. Werden explosive Stoffe und Gemische der Unterklasse 1,4 aus ihrer Verpackung entfernt oder wiederverpackt, werden sie unter Eintrag Q1a eingestuft, es sei denn, die Gefahr entspricht nachweislich nach wie vor der Unterklasse 1,4 im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008.


11.2. Um diesen Eintrag zu nutzen, darf die Aerosolpackung nachweislich weder ein entzündbares Gas der Gefahrenkategorie 1 oder 2 noch eine entzündbare Flüssigkeit der Gefahrenkategorie 1 enthalten.


(2) ABL. L 147 vom 9.6.1975, S. 40.

13. Ammoniumnitrat (5 000/10 000): Düngemittel, die zu einer selbsterhaltenden Zersetzung fähig sind.

Dies gilt für Ammoniumnitrat-Mischdünger/Volldünger (Mischdünger/Volldünger enthalten Ammoniumnitrat mit Phosphat und/oder Pottasche, die nach der Trogrprüfung der Vereinten Nationen (siehe „UN-Handbuch über Prüfungen und Kriterien“, Teil III, Unterabschnitt 38.2) zu einer selbsterhaltenden Zersetzung fähig sind und bei denen der von Ammoniumnitrat abgeleitete Stickstoffgehalt

— gewichtsmäßig zwischen 15,75 % (I) und 24,5 % (I) beträgt und die entweder insgesamt höchstens 0,4 % brennbaren / organischen Materials enthalten oder die Anforderungen des Anhangs III-2 der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über Düngemittel (I) erfüllen;

— gewichtsmäßig höchstens 15,75 % beträgt und brennbares Material keiner Begrenzung unterliegt.

14. Ammoniumnitrat (1 250/5 000): Düngemittelqualität

Dies gilt für reine Ammoniumnitrat-Düngemittel und für Ammoniumnitrat-Mischdünger/Volldünger, die die Anforderungen des Anhangs III-2 der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 erfüllen und bei denen der von Ammoniumnitrat abgeleitete Stickstoffgehalt

— gewichtsmäßig größer als 24,5 % ist, ausgenommen Gemische von reinem Ammoniumnitrat-Düngemittel und Dolomit, Kalkstein und/oder Calciumcarbonat mit einem Reinheitsgrad von mindestens 90 %;

— bei Gemischen von Ammoniumnitrat und Ammoniumsuифat gewichtsmäßig größer als 15,75 % ist;

— bei Gemischen von reinem Ammoniumnitrat-Düngemittel und Dolomit, Kalkstein und/oder Calciumcarbonat mit einem Reinheitsgrad von mindestens 90 % gewichtsmäßig größer als 28 % (I) ist.

15. Ammoniumnitrat (350/2 500): technische Qualität

Dies gilt für Ammoniumnitrat und Gemische von Ammoniumnitrat, bei denen der von Ammoniumnitrat abgeleitete Stickstoffgehalt

— gewichtsmäßig zwischen 24,5 % und 28 % beträgt und die höchstens 0,4 % brenzbare Stoffe enthalten;

— gewichtsmäßig größer als 28 % ist und die höchstens 0,2 % brennbare Stoffe enthalten.

Es gilt auch für wässrige Lösungen von Ammoniumnitrat, bei denen die Konzentration von Ammoniumnitrat gewichtsmäßig größer als 80 % ist.


Dies gilt für

— zurückgewonnenes Material aus dem Produktionsprozess und für Ammoniumnitrat und Gemische von Ammoniumnitrat, reine Ammoniumnitrat-Düngemittel und Ammoniumnitrat-Mischdünger/Volldünger gemäß den Anmerkungen 14 und 15, die vom Endverbraucher an einen Hersteller, eine Anlage zur vorübergehenden Lagerung oder eine Wiederaufarbeitungsanlage zum Zweck der Aufarbeitung, Wiederverwertung oder Behandlung zur sicheren Verwendung zurückgegeben werden oder werden, weil sie die Anforderungen der Anmerkungen 14 und 15 nicht mehr erfüllen;


17. Kaliumnitrat (5 000/10 000)

Dies gilt für Mehrmähresätzung auf der Basis von Kaliumnitrat (in geprillter oder granulierter Form), der dieselben gefährlichen Eigenschaften wie reines Kaliumnitrat hat.

(I) Ein von Ammoniumnitrat abgeleiteter Stickstoffgehalt von gewichtsmäßig 15,75 % entspricht 45 % Ammoniumnitrat.

(II) Ein von Ammoniumnitrat abgeleiteter Stickstoffgehalt von gewichtsmäßig 24,5 % entspricht 70 % Ammoniumnitrat.


(I) Ein von Ammoniumnitrat abgeleiteter Stickstoffgehalt von gewichtsmäßig 28 % entspricht 80 % Ammoniumnitrat.
18. Kaliumnitrat (1 250/5 000)
   Dies gilt für Mehrmehrljenisäger auf der Basis von Kaliumnitrat (in kristalliner Form), der dieselben gefährlichen
   Eigenschaften wie reines Kaliumnitrat hat.

19. Aufbereitetes Biogas
   Zur Umsetzung dieser Richtlinie kann aufbereitetes Biogas unter Anhang I Teil 2 Eintrag 1.8 eingestuft werden,
   wenn es nach anwendbaren Standards für gereinigtes und aufbereitetes Biogas aufbereitet wurde, so dass eine
   Erdgas äquivalente Qualität, einschließlich des Methangehalts, gewährleistet ist, und es höchstens 1 % Sauerstoff
   enthält.

20. Polychlorierte Zerzovorane und Polychloridebenzodioxine
   Die Berechnung der Mengen von Polychlorierten Zerzovorane und Polychloridebenzodioxinen erfolgt anhand der nach-
   stehend aufgeführten Äquivalenzfaktoren:

| WHO-Toxizitätsequivalent Faktor (TEF) 2003 |
|-----------------|------------------|---------|
| 2,3,7,8-TCDD    | 1                | 2,3,7,8-TCDF | 0,1 |
| 1,2,3,7,8-PCDD  | 1                | 1,2,3,7,8-PCDF | 0,3 |
|                |                   | 1,2,3,7,8-PCDF | 0,3 |
| 1,2,3,4,7,8-HxCDD | 0,1 | 1,2,3,4,7,8-HxCDF | 0,1 |
| 1,2,3,6,7,8-HxCDD | 0,1 | 1,2,3,7,8,9-HxCDD | 0,1 |
| 1,2,3,7,8,9-HxCDD | 0,1 | 1,2,3,7,8,9-HxCDF | 0,1 |
| 1,2,3,4,6,7,8-HpCDF | 0,01 | 1,2,3,4,6,7,8-HpCDF | 0,01 |
| OCDF            | 0,0003           | OCDF  | 0,0003 |

(\(T\) = tetra, \(P\) = penta, \(Hx\) = hexa, \(Hp\) = hepta, \(O\) = octa)

Referenz: Van den Berg et al. The 2005 World Health Organization Re-evaluation of Human and Mammalian
Toxic Equivalency Factors for Dioxins and Dioxin-like Compounds.

21. Wenn dieser gefährliche Stoff auch unter P5a entzündbare Flüssigkeiten oder P5b entzündbare Flüssigkeiten fällt,
    finden für die Zwecke dieser Richtlinie die niedrigsten Mengenschwellen Anwendung.
ANHANG II

In dem Sicherheitsbericht gemäß Artikel 10 zu berücksichtigende Mindestdaten und Mindestinformationen

1. Informationen über das Managementsystem und die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle.

Mit diesen Informationen müssen die in Anhang III aufgeführten Punkte abgedeckt werden.

2. Umfeld des Betriebs:

a) Beschreibung des Betriebs und seines Umfelds einschließlich der geografischen Lage, der meteorologischen, geologischen und hydrogeologischen Daten sowie gegebenenfalls der Vorgeschichte des Standorts;

b) Verzeichnis der Anlagen und Tätigkeiten innerhalb des Betriebs, bei denen die Gefahr eines schweren Unfalls bestehen kann;

c) auf der Grundlage verfügbarer Informationen Verzeichnis benachbarter Betriebe sowie Betriebsstätten, die nicht in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, Bereiche und Entwicklungen, die einen schweren Unfall verursachen oder das Risiko oder die Folgen eines solchen Unfalls sowie jene von Domino-Effekten vergrößern könnten;

d) Beschreibung der Bereiche, die von einem schweren Unfall betroffen werden könnten.

3. Beschreibung der Anlage:

a) Beschreibung der wichtigsten Tätigkeiten und Produkte, der sicherheitsrelevanten Betriebsstelle, der Ursachen potenzieller schwerer Unfälle sowie der Bedingungen, unter denen der jeweilige schwere Unfall eintreten könnte, und Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Verhütung schwerer Unfälle;

b) Beschreibung der Verfahren, insbesondere der Verfahrensabläufe; gegebenenfalls Berücksichtigung verfügbarer Informationen über bewährte Verfahren;

c) Beschreibung der gefährlichen Stoffe:

  i) Verzeichnis der gefährlichen Stoffe, das folgendes umfasst:

     — Angaben zur Identifizierung der gefährlichen Stoffe: Angabe ihrer chemischen Bezeichnung, CAS-Nummer, Bezeichnung nach der IUPAC-Nomenklatur;

     — Höchstmenge der gefährlichen Stoffe, die vorhanden sind oder vorhanden sein können;

  ii) physikalische, chemische und toxikologische Merkmale sowie Angabe der für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt unmittelbar bestehenden und der sich erst später auf sie auswirkenden Gefahren;

  iii) physikalisches oder chemisches Verhalten unter normalen Einsatzbedingungen oder bei vorhersehbaren Störungen.

4. Ermittlung und Analyse der Risiken von Unfällen und Mittel zu deren Verhütung:

a) eingehende Beschreibung der Szenarien möglicher schwerer Unfälle nebst der Wahrscheinlichkeit oder der Bedingungen für ihr Eintreten, einschließlich einer Zusammenfassung der Vorfälle, die für das Eintreten jedes dieser Szenarien ausschlaggebend sein könnten, unabhängig davon, ob die Ursachen hierfür innerhalb oder außerhalb der Anlage liegen, insbesondere:

  i) betriebliche Ursachen;

  ii) externe Ursachen, etwa im Zusammenhang mit Domino-Effekten, Betriebsstätten, die nicht in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, Bereichen und Entwicklungen, die einen schweren Unfall verursachen oder das Risiko oder die Folgen eines solchen Unfalls vergrößern könnten;

  iii) natürliche Ursachen, z. B. Erbeben oder Überschwemmungen;

b) Beurteilung des Ausmaßes und der Schwere der Folgen der ermittelten schweren Unfälle, einschließlich Karten, Bilder oder gegebenenfalls entsprechender Beschreibungen, aus denen die Bereiche ersichtlich sind, die von derartigen Unfällen in dem Betrieb betroffen sein könnten;
c) Bewertung vergangener Unfälle und Zwischenfälle im Zusammenhang mit denselben Stoffen und Verfahren. Berücksichtigung der daraus gezogenen Lehren und ausdrückliche Bezogenahme auf spezifische Maßnahmen, die ergriffen wurden, um solche Unfälle zu verhindern;

d) Beschreibung der technischen Parameter sowie Ausrüstungen zur Sicherung der Anlagen.

5. Schutz- und Notfallmaßnahmen zur Begrenzung der Folgen eines schweren Unfalls:

a) Beschreibung der Einrichtungen, die in dem Werk zur Begrenzung der Folgen schwerer Unfälle für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vorhanden sind, einschließlich beispielsweise Melde-/Schutzsysteme, technischer Vorrichtungen zur Begrenzung von ungeplanten Freisetzungen, einschließlich Berieselungsanlagen, Dampfabschirmung, Auffangvorrichtung oder -behälter, Notabbremsventile, Inertisierungssysteme, Löschwassereinschaltung;

b) Auslösung des Alarms und Durchführung der Notfallmaßnahmen;

c) Beschreibung der Mittel, die innerhalb oder außerhalb des Betriebes für den Notfall zur Verfügung stehen;

d) Beschreibung technischer und nicht technischer Maßnahmen, die für die Verringerung der Auswirkungen eines schweren Unfalls von Bedeutung sind.
ANHANG III

Informationen gemäß Artikel 8 Absatz 5 und Artikel 10 betreffend das Sicherheitsmanagementsystem und die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle

Bei der Anwendung des Sicherheitsmanagementsystems des Betreibers ist den nachstehenden Elementen Rechnung zu tragen:

a) Das Sicherheitsmanagementsystem ist den Gefahren, Industrietätigkeiten und der Komplexität der Betriebsorganisation angemessen und beruht auf einer Risikobeurteilung; es sollte denjenigen Teil des allgemeinen Managementsystems einschließen, zu dem die für die Festlegung und Anwendung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle (im Folgenden „Konzept“) relevante Organisationsstruktur, Verantwortungsbereiche, Handlungswesen, Verfahren, Prozesse und Mittel gehören.

b) Das Sicherheitsmanagement berücksichtigt folgende Aspekte:

i) Organisation und Personal — Aufgaben und Verantwortungsbereiche des zur Überwachung der Gefahren schwerer Unfälle vorgesehenen Personals auf allen Stufen der Organisation zusammen mit den Maßnahmen, die zur Sensibilisierung für die Notwendigkeit ständiger Verbesserungen ergriffen werden; Erstellung des entsprechenden Ausbildungsbedarfs und Durchführung der erforderlichen Ausbildungsmaßnahmen; Einbeziehung der Beschäftigten des Betriebs sowie des in dem Betrieb tätigen Personals von Subunternehmern, die unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit wichtig sind;

ii) Ermittlung und Bewertung der Gefahren schwerer Unfälle — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur systematischen Ermittlung der Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmungsgemäßem Betrieb und außergewöhnlichen Betriebs situationen einschließlich gegebenenfalls von Tätigkeiten, die als Unterbrechungen vergeben sind, sowie Beurteilung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere solcher Unfälle;

iii) Betriebssicherheit — Festlegung und Durchführung von Verfahren und Erstellung von Anweisungen für den sicheren Betriebsablauf, einschließlich Wartung, des Werks, Verfahren und Einrichtung sowie für Alarmmanagement und kurzzeitiges Abschalten; Berücksichtigung verfügbarer Informationen über bewährte Verfahren für Überwachung und Kontrolle; Festlegung und Erstellung der Risikos des Systemausfalls; Management und Steuerung der Risiken im Zusammenhang mit im Betrieb installierten alten Einrichtungen und Korrosion — Instandhaltung der Einrichtungen des Betriebs, Strategie und Methodik zur Überwachung und Kontrolle, die im Zusammenhang mit der Einrichtungs- angemessene Maßnahmen zur Weiterbehandlung und erforderliche Gegenmaßnahmen;

iv) sichere Durchführung von Änderungen — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur Planung von Änderungen der Anlage, des Verfahrens oder des Lagers oder zur Auslegung einer neuen Anlage, eines neuen Verfahrens oder eines neuen Lagerortes;


ANHANG IV

In die Notfallpläne gemäß Artikel 12 aufzunehmende Daten und Informationen

1. Interne Notfallpläne:

a) Namen oder betriebliche Stellung der Personen, die zur Einleitung von Notfallmaßnahmen ermächtigt sind, sowie der Person, die für die Durchführung und Koordinierung der Abhilfemaßnahmen auf dem Betriebsgelände verantwortlich ist;

b) Namen oder betriebliche Stellung der Person, die für die Verbindung zu der für den externen Notfallplan zuständigen Behörde verantwortlich ist;

c) für vorherrschbare Umstände oder Vorfälle, die für das Eintreten eines schweren Unfalls ausschlaggebend sein können, in jedem Einzelfall eine Beschreibung der Maßnahmen, die zur Kontrolle dieser Umstände bzw. dieser Vorfälle sowie zur Begrenzung der Folgen zu treffen sind, einschließlich einer Beschreibung der zur Verfügung stehenden Sicherheitsausrüstungen und Einsatzmittel;

d) Vorkehrungen zur Begrenzung der Risiken für Personen auf dem Betriebsgelände, einschließlich Angaben über die Art der Alarmierung sowie das von den Personen bei Alarm erwartete Verhalten;

e) Vorkehrungen für die frühzeitige Meldung des Unfalls an die für die Durchführung des externen Notfallplans zuständige Behörde, Art der Informationen, die bei der ersten Meldung mitzuteilen sind, sowie Vorkehrungen zur Übermittlung von detaillierteren Informationen, sobald diese verfügbar sind;

f) wenn erforderlich Vorkehrungen zur Ausbildung des Personals in den Aufgaben, deren Wahrnehmung von ihm erwartet wird, sowie gegebenenfalls Koordinierung dieser Ausbildung mit externen Notfall- und Rettungsdiensten;

g) Vorkehrungen zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes.

2. Externe Notfallpläne

a) Namen oder Stellung der Personen, die zur Einleitung von Notfallmaßnahmen bzw. zur Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes ermächtigt sind;

b) Vorkehrungen zur Entgegennahme von Frühwarnungen sowie zur Alarmauslösung und zur Benachrichtigung der Notfall- und Rettungsdienste;

c) Vorkehrungen zur Koordinierung der zur Umsetzung des externen Notfallplans notwendigen Einsatzmittel;

d) Vorkehrungen zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen auf dem Betriebsgelände;

e) Vorkehrungen betreffend Abhilfemaßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes, einschließlich Reaktionsmaßnahmen auf Störungen schwerer Unfälle, wie im Sicherheitsbericht beschrieben, und Berücksichtigung möglicher Domino-Effekte, einschließlich solcher, die Auswirkungen auf die Umwelt haben;

f) Vorkehrungen zur Unterbringung der Öffentlichkeit und aller benachbarten Betriebe oder Betriebsstätten, die nicht in den Geltungsbereich dieser Richtlinie fallen, gemäß Artikel 9 über den Unfall sowie über die richtige Verhalten;

g) Vorkehrungen zur Unterbringung der Notfall- und Rettungsdienste anderer Mitgliedstaaten im Fall eines schweren Unfalls mit möglichen grenzüberschreitenden Folgen.
Einzelnheiten, die der Öffentlichkeit gemäß Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a mitzuteilen sind

TEIL 1
Für alle unter diese Richtlinie fallenden Betriebe:

1. Name oder Firma des Betreibers sowie vollständige Anschrift des betreffenden Betriebs;

2. Besichtigung, dass der Betrieb den Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung dieser Richtlinie unterliegt und dass die Mitteilung gemäß Artikel 7 Absatz 1 bzw. der Sicherheitsbericht gemäß Artikel 10 Absatz 1 der zuständigen Behörde vorgelegt wurde;

3. verständlich abgefasste Erläuterung der Tätigkeiten/der Tätigkeiten des Betriebs;

4. gebräuchliche Bezeichnungen oder — bei gefährlichen Stoffen im Sinne von Anhang I Teil 1 — Gattungsbezeichnung oder Gefahreineinsatz der im Betrieb vorhandenen relevanten gefährlichen Stoffe, von denen ein schwerer Unfall ausgehen könnte, sowie Angabe ihrer wesentlichen Gefahrengenschaften in einfachen Worten;

5. allgemeine Unterrichtung darüber, wie die betroffene Öffentlichkeit erforderlichenfalls gewarnt wird; angemessene Informationen über das entsprechende Verhalten bei einem schweren Unfall oder Hinweis, wo diese Informationen elektronisch zugänglich sind;

6. Datum der letzten Vor-Ort-Besichtigung gemäß Artikel 20 Absatz 4 oder Verweis darauf, wo diese Information elektronisch zugänglich ist; Unterrichtung darüber, wo gemäß den Anforderungen von Artikel 22 ausführlichere Informationen zur Inspektion und dem entsprechenden Inspektionsplan auf Anfrage eingeholt werden können;

7. Einzelheiten darüber, wo unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 22 weitere Informationen eingeholt werden können.

TEIL 2
Zusätzliche Informationen zu den in Teil 1 genannten für Betriebe der oberen Klasse:

1. allgemeine Informationen betreffend die Art der Gefahren schwerer Unfälle einschließlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt und Zusammenfassung der Einzelheiten der Hauptarten der Szenarien schwerer Unfälle nebst den Maßnahmen, mit denen ihnen gegengesteuert werden soll;


3. Angenommene Informationen aus dem externen Notfallplan, der dazu dient, Maßnahmen gegen Auswirkungen zu ergreifen, die ein Unfall außerhalb des Betriebsgeländes haben kann. Hierzu sollte auch der Hinweis gehören, bei einem Unfall den Anweisungen und Anforderungen der Rettungsdienste Folge zu leisten;

Kriterien für die in Artikel 18 Absatz 1 vorgesehene Unterrichtung der Kommission über einen schweren Unfall

I. Die Kommission muss über jeden schweren Unfall unterrichtet werden, der unter Nummer 1 fällt oder mindestens eine der in Nummern 2, 3, 4 und 5 beschriebenen Folgen hat.

1. Beteiligte gefährliche Stoffe
   Jede unfallbedingte Entzündung, Explosion oder Freisetzung eines gefährlichen Stoffes mit einer Menge von mindestens 5 % der in Anhang I Teil 1 Spalte 3 oder Anhang I Teil 2 Spalte 3 angegebenen Mengenschwelle.

2. Schädigungen von Personen oder Sachwerten:
   a) ein Todesfall;
   b) sechs Verletzungsfälle innerhalb des Betriebs mit Krankenhausaufenthalt von mindestens 24 Stunden;
   c) ein Verletzungsfall außerhalb des Betriebs mit einem Krankenhausaufenthalt von mindestens 24 Stunden;
   d) eine oder mehr Wohnungen außerhalb des Betriebs, die durch den Unfall beschädigt und unbenutzbar geworden ist;
   e) Evaluierung oder Einschließung von Personen für eine Dauer von mehr als zwei Stunden (Personen × Stunden): Wert von mindestens 500;
   f) Unterbrechung der Versorgung mit Trinkwasser, Strom oder Gas oder der Telefonverbindung für eine Dauer von mehr als 2 Stunden (Personen × Stunden): Wert von mindestens 1 000.

3. Unmittelbare Umweltschäden:
   a) dauerhafte oder langfristige Schädigungen terrestrischer Lebensräume:
      i) gesetzlich geschützter, für Umwelt oder Naturschutz wichtiger Lebensraum: 0,5 ha;
      ii) großräumigerer Lebensraum, einschließlich landwirtschaftlich genutzter Flächen: 10 ha;
   b) erhebliche oder langfristige Schädigungen von Lebensräumen in Oberflächengewässern oder von marinen Lebensräumen:
      i) Fluss, Kanal, Bach: ab 10 km;
      ii) See oder Teich: ab 1 ha;
      iii) Delta: ab 2 ha;
      iv) Meer oder Küstengebiet: ab 2 ha;
   c) erhebliche Schädigung des Grundwassers:
      ab 1 ha.

4. Sachschäden:
   a) Sachschäden im Betrieb: ab 2 000 000 EUR;
   b) Sachschäden außerhalb des Betriebs: ab 500 000 EUR.

5. Grenzüberschreitende Schäden
   Jeder unmittelbar durch einen gefährlichen Stoff verursachte schwere Unfall mit Auswirkungen, die über das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats hinausgehen.

II. Unfälle oder „Reinocheunfälle“, die die Mitgliedstaaten aus technischer Sicht im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle und die Begrenzung ihrer Folgen für besonders bedeutsam halten und die den vorstehenden mengenbezogenen Kriterien nicht entsprechen, sollten der Kommission mitgeteilt werden.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Richtlinie 96/82/EG</th>
<th>Vorliegende Richtlinie</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Artikel 1</td>
<td>Artikel 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 2 Absatz 1</td>
<td>Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 3 Absätze 2 und 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Unterabsatz 1</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 2 Absatz 1</td>
<td>Artikel 3 Absatz 12</td>
</tr>
<tr>
<td>Unterabsatz 2</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 2 Absatz 2</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 1</td>
<td>Artikel 3 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 2</td>
<td>Artikel 3 Absatz 8</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 3</td>
<td>Artikel 3 Absatz 9</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 4</td>
<td>Artikel 3 Absatz 10</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 5</td>
<td>Artikel 3 Absatz 13</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 6</td>
<td>Artikel 3 Absatz 14</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 7</td>
<td>Artikel 3 Absatz 15</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 3 Absatz 8</td>
<td>Artikel 3 Absatz 16</td>
</tr>
<tr>
<td>—</td>
<td>Artikel 3 Absätze 2 bis 7, Artikel 3 Absätze 11 und 12 sowie Artikel 3 Absätze 17 bis 19</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 4</td>
<td>Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a bis f und h</td>
</tr>
<tr>
<td>—</td>
<td>Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe g und Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 5</td>
<td>Artikel 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 6 Absatz 1</td>
<td>Artikel 5</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 6 Absatz 2</td>
<td>Artikel 7 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Buchstaben a bis g</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 6 Absatz 3</td>
<td>Artikel 7 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 6 Absatz 4</td>
<td>Artikel 7 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>—</td>
<td>Artikel 7 Absatz 4 Buchstaben a bis c</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 7 Absatz 1</td>
<td>Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a bis g</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 7 Absatz 1a</td>
<td>Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 7 Absatz 2</td>
<td>Artikel 8 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 7 Absatz 3</td>
<td>Artikel 8 Absatz 2 Buchstaben a und b</td>
</tr>
<tr>
<td>—</td>
<td>Artikel 8 Absatz 5</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 8 Absätze 1 und 2</td>
<td>Artikel 9 Absätze 1 und 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 9 Absatz 1</td>
<td>Artikel 10 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 10 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 10 Absatz 6</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 10 Absatz 3</td>
<td>Artikel 10 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 10 Absatz 4</td>
<td>Artikel 10 Absatz 5</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 10 Absatz 6</td>
<td>Artikel 10 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 11</td>
<td>Artikel 11</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 1 Buchstaben a und b und Artikel 12 Absatz 2</td>
<td>Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 2</td>
<td>Artikel 12 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 3</td>
<td>Artikel 12 Absätze 4 und 5</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 4</td>
<td>Artikel 12 Absatz 6 Unterabsatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 4a</td>
<td>Artikel 12 Absatz 6 Unterabsatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 5</td>
<td>Artikel 12 Absatz 7</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 6</td>
<td>Artikel 12 Absatz 8</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 1 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 13 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 1 Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 13 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 1a</td>
<td>Artikel 13 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 12 Absatz 2</td>
<td>Artikel 13 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe a und Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 2 Satz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 Sätze 1 und 3</td>
<td>Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 2 letzter Satz</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 2</td>
<td>Artikel 14 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 3</td>
<td>Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 2 Satz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 2</td>
<td>Artikel 14 Absatz 1 Satz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 3</td>
<td>Artikel 14 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 4</td>
<td>Artikel 14 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 4 Satz 1</td>
<td>Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe b</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 4 Sätze 2 und 3</td>
<td>Artikel 22 Absatz 3 Unterabsätze 1 und 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 5</td>
<td>Artikel 15 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 13 Absatz 6</td>
<td>Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe c</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 14 Absatz 1</td>
<td>Artikel 16</td>
</tr>
<tr>
<td>--------------------</td>
<td>------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 14 Absatz 2</td>
<td>Artikel 17</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 15 Absatz 1 Buchstaben a bis d</td>
<td>Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben a bis d und Artikel 18 Absatz 2 Unterabsatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 15 Absatz 2 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe e und Artikel 18 Absatz 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 15 Absatz 2 Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 18 Absatz 2 Unterabsatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 15 Absatz 3</td>
<td>Artikel 18 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 16</td>
<td>Artikel 6 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 17</td>
<td>Artikel 6 Absätze 2 und 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 18 Absatz 1</td>
<td>Artikel 19</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 18 Absatz 2 Buchstabe a</td>
<td>Artikel 20 Absatz 1 und 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 18 Absatz 2 Buchstaben b und c</td>
<td>Artikel 20 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 18 Absatz 3</td>
<td>Artikel 20 Absatz 7</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 18 Absatz 3</td>
<td>Artikel 20 Absatz 11</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 1</td>
<td>Artikel 20 Absätze 3, 5, 6, 8, 9 und 10</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 1a Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 21 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 1a Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 21 Absatz 3 Unterabsatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 2 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 21 Absatz 3 Unterabsatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 2 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 21 Absatz 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 2 Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 21 Absatz 6</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 3</td>
<td>Artikel 21 Absatz 7</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 3</td>
<td>Artikel 21 Absatz 5</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 19 Absatz 4</td>
<td>Artikel 21 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 20 Absatz 1 Unterabsatz 1</td>
<td>Artikel 22 Absatz 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 20 Absatz 1 Unterabsatz 2</td>
<td>Artikel 22 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 20 Absatz 2</td>
<td>Artikel 22 Absatz 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 21 Absatz 1</td>
<td>Artikel 23</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 21 Absatz 2</td>
<td>Artikel 24</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 21 Absatz 1</td>
<td>Artikel 25</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 21 Absatz 2</td>
<td>Artikel 26</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 22</td>
<td>Artikel 27</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 23</td>
<td>Artikel 32</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 24</td>
<td>Artikel 31</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 25</td>
<td>Artikel 33</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 26</td>
<td>Artikel 34</td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
<td>---</td>
</tr>
<tr>
<td>Artikel 26 und Artikel 28 bis 30</td>
<td>Artikel 26 und Artikel 28 bis 30</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I, einleitende Absätze</td>
<td>Anhang I, einleitende Absätze</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I, Einleitung, Absätze 1 bis 5</td>
<td>Anhang I, Anmerkungen zu Anhang I, Anmerkungen 1 bis 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I, Einleitung, Absätze 6 bis 7</td>
<td>Anhang I, Anmerkungen zu Anhang I, Anmerkungen 1 bis 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 1</td>
<td>Anhang I Teil 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 1, Anmerkungen zu Teil I, Anmerkungen 1 bis 6</td>
<td>Anhang I Teil 1, Anmerkungen zu Teil I, Anmerkungen 1 bis 6</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 2</td>
<td>Anhang I Teil 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2</td>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 2</td>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 2</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 3</td>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 4</td>
<td>Anhang I Teil 2, Anmerkungen zu Teil 2, Anmerkung 4</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffern 1 bis III</td>
<td>Anhang II Nummern 1 bis 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffer IV Buchstabe A</td>
<td>Anhang II Nummer 4 Buchstabe a</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffer IV Buchstabe B</td>
<td>Anhang II Nummer 4 Buchstabe b</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffer IV Buchstabe C</td>
<td>Anhang II Nummer 4 Buchstabe c</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffer V Buchstaben A bis C</td>
<td>Anhang II Nummer 5 Buchstaben a bis c</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang II Ziffer V Buchstabe D</td>
<td>Anhang II Nummer 5 Buchstabe d</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang III, einleitender Absatz und Buchstaben a und b</td>
<td>Anhang III, einleitende Absätze und Anhang III Buchstüte a</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang III Buchstabe c Ziffern i bis iv</td>
<td>Anhang III Buchstabe c Ziffern i bis iv</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang III Buchstabe c Ziffern v bis vii</td>
<td>Anhang III Buchstabe c Ziffern v bis vii</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang IV</td>
<td>Anhang IV</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummer 1</td>
<td>Anhang V Teil 1 Nummer 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummer 2</td>
<td>Anhang V Teil 2 Nummer 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummern 3 bis 5</td>
<td>Anhang V Teil 3 Nummern 2 bis 6</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummer 6</td>
<td>Anhang V Teil 2 Nummer 1</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummern 7 bis 8</td>
<td>Anhang V Teil 1 Nummer 5</td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
<td>---</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummern 9 und 10</td>
<td>Anhang V Teil 2 Nummern 2 und 3</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang V Nummer 11</td>
<td>Anhang V Teil 1 Nummer 7</td>
</tr>
<tr>
<td>--------------------</td>
<td>--------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang VI Ziffer I</td>
<td>Anhang VI Teil I</td>
</tr>
<tr>
<td>Anhang VI Ziffer II</td>
<td>Anhang VI Teil II</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Anhang VII</td>
</tr>
</tbody>
</table>